

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

79/13

SÜDAFRIKA

Ein Jahr nach
Marikana

ZIMBABWE

Wahlsieger Mugabe

ÖSTERREICH-LESOTHO

Erinnerungen an Rudolf Bacher



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC:

- Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00) Tel. 01/505 44 84 Fax 01/505 44 84-7 URL: <http://www.sadocc.at>
- das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- Projekt Schwimmunterricht in KwaZulu/Natal

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960.

ACHTUNG - geänderte Postadresse: Wir haben unser Postfach aufgelassen – postalische Zusendungen bitte nur mehr an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1!

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von *Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC. Spenden können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW

Österreichische Namibia-Gesellschaft

bemüht sich im Rahmen von SADOCC um österreichische Solidarität mit dem 1990 unabhängig gewordenen Namibia.

Aktuell:

**Instrumente für
Musikschule in Tsumeb
Unterstützung für San-Schule**
(Spenden erbeten auf Konto PSK,
BLZ 60000, Nr. 92.000.111)
Informationsveranstaltungen

Interessierte sind zur Mitarbeit herzlich eingeladen.

Weitere Infos:

Tel.: (01) 505 44 84 oder

E-Mail: namibia@sadocc.at

3 Südafrika, Herbst 2013

Eine kritische Bilanz südafrikanischer Innenpolitik vor den Wahlen 2014 zog Menschenrechtspreisträger Horst Kleinschmidt

spektrum **8**

11 Wahlen in Zimbabwe

Peter Kuthan verfolgte in Harare den Wahlkampf und den neuerlichen Wahlsieg Mugabes

14 Plastiksackerln

Mit der südafrikanischen Gesetzgebung und ihrer Umsetzung beschäftigt sich Teresa Gattringer



Rudioschule in Zambia **17**

Gespräch mit dem Jesuitenpater Kelly Michelo über ein ländliches Entwicklungsprogramm

Photos aus dem Reich der Regenkönigin **25**

Der südafrikanische Photograph George Mahashe wurde fündig

20 Rudolf Bacher aus Götzis

Erinnerungen an den Vorarlberger Missionar und Sternwartegründer, der in Lesotho immer noch populär ist

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Julia Drazdil-Eder, Stefan Fischer, Teresa Gattringer, Elfriede Höckner, Horst Kleinschmidt, Peter Kuthan, Adalbert Krims, Georges Mahashe, Walter Sauer, Sibusiso Tshabalala, Magdalena Waygand. **Fotos:** Archiv Berliner Mission, Désirée Bauerstatter, Stefan Fischer, Ingeborg Grau, Rudolf Hoch, Elfriede Höckner, Kindernothilfe/Meindl, Peter Kuthan, Elfriede Pekny †, SADOCC, Walter Sauer, Jakob Studnar. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 19. September 2013. **Konto:** BA-CA, BLZ 12000, Konto-Nr. 00610 512 006 oder PSK, BLZ 60000, Konto-Nr. 93.009.960. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Christian Mährdel †, Wien.

Liebe Leserinnen und Leser!

Betrifft: Bilateralen Investitionsschutz

Vor einiger Zeit hat Elisabeth Beer in dieser Zeitschrift die Machenschaften europäischer und internationaler Investoren dargestellt, mittels einseitig ausgerichteter Investitionsschutzabkommen die Transformationspolitik Südafrikas zu unterlaufen (INDABA 67/10).

Vor allem die Black Economic Empowerment-Politik stünde dabei im Visier. Wie auch bei anderen Staaten gehe es darum, in die nationalstaatliche Souveränität Südafrikas einzugreifen und gesellschafts-politische Reformen zu behindern.

Südafrika hat nun auf das Problem reagiert und eine Reihe von bilateralen Investitionsschutzabkommen mit EU-Staaten gekündigt. Auch gegenüber Österreich wurde ein solcher Schritt angekündigt.

Die Behörden hierzulande „bedauern“ dies und hoffen auf eine Neuverhandlung bzw. auf ein multilaterales Abkommen mit der EU insgesamt, zu dessen Beitritt man Südafrika zu bewegen hofft. Industrieminister Rob Davies in Pretoria allerdings, der bereits beim Außenhandel etliche Maßnahmen getroffen hat, um der Globalisierungsfalle zu entkommen (INDABA 77/13), sieht den Schutz ausländischer Investoren in der nationalen Gesetzgebung ausreichend verankert.

Außerdem, so sein Argument, sei das Niveau der südafrikanischen Investitionen in Österreich (Papier- und Brauereiiindustrie) ohnehin höher als das der österreichischen in Südafrika, und infolge des Kaufs des Möbelhauses Leiner durch eine südafrikanische Gruppe werde es sogar noch weiter steigen.

Wie die beiden Regierungen und Brüssel als indirekt involvierter Dritter nun weiter verfahren werden, ist zur Zeit offen. Eine der Kernforderungen Elisabeth Beers in ihrem Beitrag war es jedoch, mögliche Transparenz von Verhandlungen einzufordern, um Solidaritätsorganisationen und globalisierungskritischen NGOs die Möglichkeit zu geben, ein für den jeweiligen Partner im Süden günstiges öffentliches Klima zu schaffen.

Darin liegt unsere Aufgabe als SADOCC – und ich lade Sie ein, mit uns gemeinsam entsprechende Aktivitäten zu planen.

**Indaba
heißt
Neuigkeit
oder
Gespräch**



Rob Davies

Walter Sauer

Ein Jahr nach Marikana

Arm und Reich in Südafrika

Ein Jahr nach dem Polizeimassaker an streikenden Bergarbeitern ist in Südafrika wenig an Aufarbeitung und Verbesserung der Situation geschehen. Mechanismen aus der Zeit der Apartheid wirken sich negativ auf die junge Demokratie aus. Zugleich wird deutlich, wie sehr sich die alte Ordnung die wirtschaftliche Kontrolle über die Ressourcen des Landes sichern konnte. Diese pointierte These vertrat Horst Kleinschmidt bei seinem Vortrag in der SADOCC-Bibliothek am 19. September.

Ich freue mich, wieder hier zu sein und viele alte Freunde zu treffen und vielleicht neue Freunde zu gewinnen. Es gibt wahrscheinlich zwei Fragen, die Sie mir gerne stellen würden, und die ich mir selber oft stelle: Ich war fünfzehn Jahre im Exil und bin jetzt seit 20 Jahren in Südafrika zurück. Bin ich des Kampfes müde? Bin ich enttäuscht von dem, was wir in Südafrika in diesen letzten 20 Jahren erreicht haben?

Marikana war für uns ein sehr einschneidendes Ereignis. Es ist nun etwas über ein Jahr her, es war am 16. August vergangenen Jahres, daß dieses Massaker stattgefunden hat, im sog. Platingürtel unseres Landes, wo riesige Bergbaukonzerne Tausende von Leuten beschäftigen.

Ein Minenbereich, der für Südafrika etwa so profitabel ist wie früher Gold. Jetzt ist Platin der große Faktor. Und gerade weil es Schwierigkeiten mit Marikana gegeben hat, besteht auf dem Weltmarkt ein Mangel an Platin, der Preis ist angestiegen, womit sich die Profite der Aktionäre gewaltig erhöht haben.

Es war also vor 13 Monaten, daß 34

Arbeiter bei der Lonmin-Mine von der Polizei erschossen wurden, insgesamt kamen in dieser Krisenzeit 46 Leute ums Leben (INDABA 75/12). Was geschehen ist, wird von Kommentatoren in Südafrika oft als Sündenfall, in gewisser Weise als das Sharpeville der neuen Regierung beschrieben. Gewis-



Horst Kleinschmidt während seines Vortrags

se Details sind für eine tiefere Analyse wichtig.

Ist es tatsächlich so, daß ein wichtiger Aktionär, nämlich der gegenwärtige Vizepräsident des ANC, Cyril Rama-

phosa, der damals auch Firmenvorsitzender war, der Ministerin gesagt hat, wir müssen jetzt mit der Polizei dort einsteigen, das sind illegale Elemente? Und daß damit gewissermaßen auch das Zeichen gegeben wurde, Regierung und Big Business seien sich darüber einig, solche Streiks dürften auf Dauer nicht zugelassen werden? Dann wurde geschossen, und nicht nur das, sondern – wie wir aus den Untersuchungen der *Ian Farlam-Kommission* wissen – es war keine Kampfsituation zwischen zwei Gruppen, sondern es wurden sogar Verwundete massakriert.

Da stellt sich also folgende Frage:

Während der Apartheid war es die Erfahrung der meisten Südafrikaner, daß die Polizei ein Instrument der Unterdrückung war, daß sie dazu diente, jene in Schach zu halten, die ein geringes Einkommen hatten. Genau dieser Punkt sollte sich nach der neuen Verfassung von 1994 geändert haben. Heute sollte die Polizei ein Garant sein, um die Rechte von Leuten zu sichern.

**Polizei –
Mittel der
Repression?**

Als Reaktion wurde von der Regierung eine Gruppe von Ministern beauftragt, das Massaker zu untersuchen, die tagt nun bereits ein Jahr, und es kommt nicht Spezifisches dabei heraus. Weiters und noch wichtiger, es gibt es die schon erwähnte *Ian Farlam-Kommission*, die auf juristischem Weg herausfinden soll, was eigentlich passiert ist. Bisher hat dort vor allem die Polizeibehörde ausgesagt. Die neue Polizeidirektorin Riah Phiyega hat sich quasi entschuldigt, es täte ihnen leid, soviel haben wir bisher gehört, aber es wird nicht deutlich, wer den Schießbefehl gegeben hat und was dann weiter gelaufen ist. Und überhaupt ist meines Erachtens das Mandat dieser Kommission falsch angesetzt. Sie soll nur untersuchen, wer hat den Befehl gegeben, ob sich die Polizei bedroht fühlte, ob die Polizisten ihre Gewehre in Selbstverteidigung benutzt haben, müßte die Polizei in Zukunft nicht besser ausgebildet werden usw. Aber das sind meines Erachtens nicht die Fragen, die wir uns stellen sollten.

Die zentrale Frage meiner Ansicht nach ist die nach den Machtverhältnissen in unserem Land. Wird die Behörde plötzlich wiederum dazu benutzt, um ein gewisses System zu stabilisieren, und das führte halt dann zu Marikana? Wir dürfen ja nicht übersehen, daß wir im Bergbau noch immer mit einem System leben, das wie unter der Apartheid funktioniert, nämlich mit einem Wanderarbeitersystem. Dieses war über hundert Jahre, seitdem am Witwatersrand Gold gefunden wurde, dadurch gekennzeichnet, daß man aus dem gesamten Südlichen Afrika Arbeiter rekrutierte für die Minen und niemals Arbeitsplätze für die betreffende Region schuf. Denn dann hätten sich die Arbeiter gut organisieren können, sie hätten auch dieselbe Sprache gesprochen, und

Apartheid und

Wird man 2013 eingeladen, einen Kommentar über Korruption in Südafrika zu schreiben, so endet man höchstwahrscheinlich mit einer Aussage wie *„Öffentlicher Sektor schlecht, Privatsektor gut, weiß ist gut, schwarz ist schlecht.“* Und man hat Glück, die öffentliche Meinung stimmt dem vermutlich zu.

Der Widerspruch dagegen ist einfach: Korruption ist nicht einer einzelnen Rasse eingeschrieben, sie hat nichts mit dem Phänotypus von Schwarzen zu tun. Korruption ist auch keine tiefverwurzelte Krankheit, die nur im öffentlichen Sektor existiert. Der jüngste „Constructiongate“-Skandal in der Bauwirtschaft hat mich vielmehr veranlaßt nachzudenken, wie wenig die südafrikanische Geschäftswelt sich im Verlauf von Südafrikas Transition verändert hat. Mit „verändert“ meine ich strukturelle Veränderung. Reden wir nicht von verschiedenen Gesetzen oder Verordnungen – ich denke mehr an die „DNA“ von Business in Südafrika.

Jeder weiß, daß Big Business in Südafrika immer eine Kraft zum Guten oder zum Bösen gewesen ist, in unterschiedlichem Ausmaß. Es ist auch weithin bekannt, daß das System der Apartheid nicht nur um drakonische Gesetze und systemische Ausschließung herum konstruiert war, sondern auch die interne Mechanik von Big Business einbezogen hat. Die Grenzen zwischen öffentlich und privat waren während der Apartheid unklarer als zu jeder anderen Zeit. Die Geschäftswelt war einer der wichtigsten Partner des Apartheidregimes.

Das deutlichste Beispiel dafür war die nationalistische Afrikanerbewegung, der *Broederbond*. Eine geheime Organisation, die effektiv die wichtigen Organe des Staates, der Wissenschaft und des Großkapitals kontrollierte. Ihre 12.000 Mitglieder waren eine Garantie für die reiche und weiße Elite Südafrikas. Sie hatten unglaublichen Einfluß auf die Politik der Nationalpartei und die Diskussionen und Streitereien ihrer Führung.

Noch wichtiger in unserem Zusammenhang: Der Bond perfektionierte die Kunst der Patronage. Seine Mitglieder, gebildete weiße männliche Akademiker, wurden in den höchsten Kreisen der Regierung, der Wirtschaft und sonstwo eingesetzt. Das Resultat waren die verwischten Grenzen, welche die Korruption während der Apartheid nicht nur zur Blüte brachten, sondern auch ihr Vertuschen ermöglichten.

Wenn Sie mehr darüber erfahren möchten – das 2005 veröffentlichte Dossier *„Apartheid Grand Corruption“* wird Ihnen gefallen. Autor Hennie Van Vuuren enthüllt eine Myriade von Wirtschaftsverbrechen, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor, und bringt viele Mythen zum Einsturz. Er spricht von der *„makro-ökonomischen Zusammenarbeit von Wirtschaft und*

die Korruption

Apartheidregime als einer gängigen Verschwörung“. Der Infogate-Skandal, die Schweizer Bankkonten, falsche Rechnungslegung und andere Formen verdeckter Wirtschaftskriminalität werden im Detail aufgelistet. Vereinfacht ausgedrückt, Apartheid wurde durch das Tandem von Firmen und Politik aufrechterhalten.

Und das ist wichtig zum Verständnis unseres derzeitigen Dilemmas: Diejenigen, die vor 1994 in Korruption verwickelt waren, profitieren heute ungerechtfertigt von den Früchten der Demokratie, auch wenn sie ihr Verhalten nicht geändert haben.

Vieles, was über Südafrikas Transition geschrieben wurde, ist ja Fiktion. Der Staat war 1994 praktisch bankrott. Die Sanktionen der späten 80er und frühen 90er Jahre hatten Südafrikas Außenwirtschaft praktisch von der Welt abgeschottet. Die Plünderung der Ressourcen durch das Apartheidregime und seine Helfershelfer waren auch nicht gerade von Nutzen. Sicher, die Wahlen 1994 führten zu einem signifikanten politischen Wandel, aber andere Realitäten – wie die Hände, welche die Ökonomie, das Bildungswesen und die Arbeitswelt kontrollierten – blieben unangetastet.

Weil man manche wichtigen Dinge für politisch zu sensibel hielt, ging man auf eine Reihe von (bekannten und unbekanntenen) Kompromissen ein, um die Übergabe der politischen Macht zu erreichen. Leider blieben einige Dinge unverändert – wie eben die „DNA“, die innere Kultur der Wirtschaft.

Nie gab es eine Veranlassung für Big Business, diese Kultur zu ändern. Immer noch zählt der Archetypus des „weißen Mannes“, und die Gewinne sickern nie zur Basis hinunter. Und Korruption, wie jede chronische Krankheit, regiert weiterhin in der südafrikanischen Firmenwelt. Wenn Apartheid eine laissez faire-Umwelt für die großen Unternehmen schuf, von der das Regime profitierte, so hat die politische Transition das nicht geändert. Und sie konnte das auch nicht. Denn die Wirtschaft ist weiterhin in den Händen einiger weniger, die machen, was sie wollen.

Es verwundert also nicht, wenn achtzehn Baufirmen zusammenkamen, um gemeinsam Preise festzulegen und ein Kartell zu bilden. Dieselben Konditionen, die ihnen dies vor Jahrzehnten ermöglichten, bestehen ja heute noch.

Mit jedem Tag wird die Geschichte der Transition Südafrikas klarer. Viel wurde gegeben, und wenig kam dafür zurück. Sehr wenig hat sich verändert. Wäre die Transition eine wirkliche Machtübergabe gewesen, dann würden Südafrikas Unternehmen andere Töne anstimmen.

Sibusiso Tshabalala (www.zubeidajaffer.co.za)

durch Vollbeschäftigung wären die Löhne gestiegen. Der Grundsatz des Wanderarbeitersystems war es eben, genau dies zu verhindern. Immer mehr Leute wurden aus Malawi, Moçambique und anderen Teilen Südafrikas rekrutiert. Und so ist es auch heute noch bei diesem Bergwerk, daß Leute aus verschiedenen Gegenden hinkommen, während es in der mittelbaren Umgebung von Marikana eine große Arbeitslosigkeit gibt. Gleichzeitig ist die Prostitution gestiegen, das Gebiet ist auch in sozialer Hinsicht in Verfall geraten. Und weder die Firma noch die Regierung haben viel getan für vernünftige Behausungen oder medizinische Versorgung. Auch dafür müssen Ramaphosa – aber auch die Mehrheitsaktionäre, die in England sitzen – verantwortlich gemacht werden.

Wenn wir uns die Frage stellen, warum solche Apartheid-Relikte weiterhin funktionieren, so wird eine zweite Entwicklung relevant. Immer mehr Informationen kommen jetzt heraus darüber, wie der politische Wandel vor 20 Jahren in Südafrika wirklich stattgefunden hat. Gleich nach der Freilassung Nelson Mandelas 1990 trat er nicht nur in Verhandlungen mit der Klerik und den weißen Führern ein, sondern wurde auch wiederholt eingeladen ins Privathaus von Harry Oppenheimer, dem Chef von *Anglo-American*, und dort fanden ebenfalls Gespräche statt. Zu diesen Gesprächen wurden immer mehr Leute aus der Wirtschaft eingeladen, dann wurde das Privathaus auf einmal zu klein und man wechselte in die Zentrale der Entwicklungsbank von Südafrika, Herr Mandela brachte eine Gruppe von Leuten mit, und die Unternehmer ebenso.

Ich habe eine persönliche Erinnerung daran: Als ich Anfang der neunziger Jahre zurück nach Südafrika kam,

sagte mir der Schwiegersohn einer dieser Wirtschaftsmagnaten: „*Ich kann euch sagen, mein Schwiegervater hatte am Samstagabend Herrn Mandela zu Besuch, und wir haben dem ganz schön gesagt: ‚Wenn ihr über eine Nationalisierung der Industrie redet, dann ist Schluß‘.*“ Solche Informationen kommen jetzt mehrfach heraus,



und es werden Fragen gestellt, ob das alles im ANC demokratisch entschieden wurde oder nicht. Wenn zum Beispiel Jay Naidoo, Gewerkschafter und dann in der Regierung, in seinem Buch schreibt: „*Wir waren in einer Kabinettsitzung, und auf einmal wurde*

Korruption nützt Europa

uns gesagt, Reconstruction and development sei zu Ende, jetzt ginge es um eine mehr kapitalistische Lösung, und die Papiere dazu dürften nicht verteilt werden, sondern müßten wieder eingesammelt werden, weil nicht jedem in dem Kabinett getraut werden könne...“, dann stimmt das bedenklich und zeigt, daß der Werdegang unserer Demokratie ein bißchen anders gelaufen ist als offiziell dargestellt.

Natürlich, es wurde sehr viel getan, es wurden Häuser gebaut, es gibt mehr Elektrizität, Wasserversorgung,

Sanitäreanlagen etc. für die ärmeren Viertel, aber man muß auch sagen: Es hätte mehr sein können, wenn wir zum Beispiel nicht durch die EU unter Druck gesetzt worden wären, um diese Waffen zu kaufen (INDABA 77/13) – der größte Skandal, den es bei uns gibt!

Es wird immer mit dem Finger auf den ANC gezeigt: *Ihr habt korrupt gehandelt!* Aber ich bin überzeugt, daß der Finger auch auf die deutsche, die englische, die schwedische und die französische Regierung gezeigt werden muß und auf die Firmen, die Schmiergeld zahlten. Vor etwa einem Monat wurde in unserer Presse über Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Anti-Korruptionsgesetz in Deutschland berichtet, bei denen sich herausstellte, daß Tony Yengeni, ein großer Mann im ANC und im Parlament, 1997 ein Schmiergeld von 6 Mio. Rand bekam.

Warum? Yengeni war der Vorsitzende jener parlamentarischen Kommission, die entschied, von welchen Firmen dieses Kriegsmaterial gekauft werden sollte. Da lagen zum Beispiel brasilianische Firmen gut im Rennen, weil sie offenbar billiger liefern konnten. Da kam in Deutschland Angst auf, und die Firma suchte sich einen Handlanger, der das für sie erledigte, ein Grieche, der während der Boykottperiode illegal Erdöl nach Südafrika importiert hatte, ein Herr Konstantinidis – seine Exfrau ist jetzt mit dem früheren Vizepräsidenten de Klerk verheiratet.

Besteht in Südafrika ein politisches Interesse, die großen Probleme zu bewältigen? Man wird öffentlichen Druck auf die Regierungspartei aus-

üben müssen, das ist eine Aufgabe der Zivilgesellschaft, auch, daß der Staat vor Gericht gebracht wird, etwa wegen der sozialen Grundrechte. Die wirtschaftliche Lage Südafrikas ist schlecht, das Wachstum ist auf 2,5% gesunken, ausländische Investoren ziehen sich zurück, und die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch, offiziell liegt sie bei 25%, in Wirklichkeit liegt sie eher bei 40%. Ich kann das merken, wenn ich durch die Straßen von Kapstadt oder sonst wo fahre. Leute, stehen an der Straße, haben kein Zuhause und betteln – und das nimmt zu.

Es gibt in Südafrika viele private Organisationen, viel soziales Engagement, eine freie Presse, eine aktive Zivilgesellschaft, die Verfassung garantiert ihre Rechte, sie können sich behaupten und sind auch aktiv. Es gibt viel Kritik am Bildungssystem, wir haben heute viele gut ausgebildete Schwarze, aber der ärmere Teil der Bevölkerung profitiert immer noch nicht genügend von Bildung.

Auch die Landfrage kommt neu auf, und zu Recht. Es kann keine Zukunft für Südafrika sein, daß 35.000 oder höchstens 38.000 weiße Farmer 70% des Landes besitzen. Darüber muß diskutiert werden, und es muß eine wirkliche Umverteilung geschehen, auch der Staat, der selbst etwa 30% Land besitzt, wird vieles abgeben müssen.

Der Reichtum der weißen Bevölkerung hat seit 1994 zugenommen. Der Finger wird immer auf den schwarzen Reichtum gezeigt, aber dieser ist in absoluten Zahlen immer noch gering im Verhältnis zum weißen. Und jetzt kommt das wirkliche Problem in Südafrika: Die Kluft zwischen Reichtum

Soziale Ungleichheit wächst

und Armut wird immer größer. Und es sind nicht mehr immer nur die weißen Südafrikaner, die diesen Reichtum genießen, sondern zunehmend auch Superreiche aus Indien und China, die in Südafrika ansässig sind und sich in mächtigen Positionen befinden und wissen, wie das System fungiert. Sie haben vielleicht vom sogenannten Gupta-Skandal gehört, das betrifft eine schwerreiche indische Familie.

Die Frage für mich ist, kann ein Teil des Landes es aushalten, sehr viel reicher zu werden, während andere arm bleiben oder noch ärmer werden und es für diese unter den heutigen Umständen keine Möglichkeiten einer Verbesserung gibt.

Auch das hat mit Marikana zu tun: Die ausländischen Investoren der Lonmin-Mine und andere fordern immer ein ein freundliches Investitionsklima und drohen mit Abzug – obwohl es ja nicht überall auf der Welt Platin gibt. Als ob man nur durch Auslandsinvestitionen eine profitable Wirtschaft haben könnte.

Was ist also meine Bilanz? Es war wichtig, daß wir gegen Apartheid gekämpft haben, gegen die weiße Minderheitsherrschaft. Heute ist es freilich viel schwieriger, einen Weg der Veränderung zu finden. Wir in der Zivilgesellschaft müssen bereit sein, uns auch grundsätzlichen Fragen zu stellen. Mir ist selbst manchmal unbehaglich dabei, wenn die Politik der vergangenen 20 Jahre kritisiert wird, denn da habe ich ja mitgemacht, da bin ich ja auch mitverantwortlich gewesen. Vielleicht haben wir es uns zu einfach gemacht – nach dem Motto: Apartheid war schlecht und alles andere ist gut. Wir sind natürlich auch Opfer des Kalten Krieges gewesen, das hat einige Verallgemeinerungen

verursacht, und im Exil herrschte eine Kultur des Schweigens und der Intransparenz. So haben wir ein Land übernommen, das zu regieren wir nicht die Fähigkeiten hatten. Es fehlte uns einfach an qualifizierten Menschen, die wir im Staatsapparat hätten einsetzen können. Diese Diskussionen müssen wir führen, und Menschen aus dem früheren Solidaritätskampf sollen sich daran beteiligen. Denn diese Fragen sind nicht nur für Südafrika relevant, sie haben auch viel mit weltweiten Ungleichheiten, mit der allgemeinen Situation der Welt zu tun.

Bin ich des Kampfes müde geworden? Irgendwann war ich es vielleicht einmal, aber angesichts dessen, daß soziale Ungleichheit heute das größte Problem Südafrikas ist, daß wir immer noch keine Balance erreicht haben, müssen wir weiter kämpfen. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß wir jetzt eine neue, gemischte Elite haben. Und ich bin froh, daß es viele junge Leute gibt, die sich diesen Fragen stellen und sie aufgreifen. Ich selber versuche einen Beitrag zu leisten, in kommunalpolitischer Hinsicht zum Beispiel mit einer Gruppe, die sich *ubuMelwane* nennt und in der Menschen verschiedenster Herkunft konkrete Probleme unserer Umgebung aufgreifen.

Bin ich enttäuscht? Ja, ich muß sagen, in vieler Hinsicht bin ich enttäuscht. Und ich muß auch sagen, daß wir in vielen Fällen nicht das getan haben, was wir hätten tun können. Wir haben für viele der Armen in Südafrika unsere Möglichkeiten verfehlt, nicht die besten Leute eingesetzt, die wir hätten

haben können. Das sind alles Fehler. Wo sind die Ansatzpunkte jetzt? Es gibt diese Zivilgesellschaft, die sich auf die Verfassung beruft, die in Presse und Medien sehr viel Arbeit tut. Marikana ist letztendlich nicht nur ein vereinzelter Reibungspunkt gewesen. 2012 hat es jeden zweiten Tag irgendwo in Südafrika eine Protestaktion in den Townships gegeben, weil Leute etwas einfordern,



was ihnen versprochen wurde. Und dazu gibt es effiziente Organisationen, nicht nur sporadisch. Eine besonders starke Gruppierung darunter nennt sich *Abahlali baseMjondolo*, eine südafrika-weit agierende Organisation, die in allen Landesteilen jetzt Unterstützung hat, die auch täglich Berichte herausbringt, welche Kämpfe an der Basis stattfinden. Da geht es um Würde, um Kampfkraft, darum, politische Bildung in Regionen zu bringen, in denen viele wahrscheinlich gehofft hatten, sich niemals wieder politisch behaupten zu müssen.

Aktiv an der Basis

Horst Kleinschmidt ist südafrikanischer Antiapartheidkämpfer, 1991 mit dem Bruno Kreisky-Preis für Menschenrechte ausgezeichnet. Er war zuletzt stv. Generaldirektor im südafrikanischem Umweltministerium und ist Beiratsmitglied von SADOCC.

...spektrum...

Mandela aus Spital entlassen.

Der frühere südafrikanische Staatspräsident Nelson Mandela wurde am 1. Sept. 2013 aus dem Krankenhaus Pretoria entlassen, sein Zustand wurde vom Sprecher des Präsidenten als „kritisch“ bezeichnet. Ärzte vertraten jedoch die Meinung, daß eine intensive Betreuung der Krankheit auch in seinem Haus in Houghton/Johannesburg möglich wäre.

Mandela war am 8. Juni mit einer Lungeninfektion ins Spital eingeliefert worden, sein Zustand hatte sich danach noch erheblich verschlechtert. Mehrere Wochen lang bangte das ganze Land, vor dem Krankenhaus fanden Kundgebungen statt, zahlreiche Einzelpersonen legten Blumen und Besserungswünsche davor ab. Unter den Besucher/innen des Schwerkranken befanden sich nicht nur die Familienmitglieder und die politische Spitze Südafrikas, sondern auch seine ehemalige Frau Winnie Mandela.

Während sich Nelson Mandela in Spitalpflege befand, wurde sein 95. Geburtstag am 18. Juli weltweit gefeiert. In Wien organisierte die südafrikanische Botschaft eine Feierstunde im *Vienna International Centre*, bei der neben Videoaufnahmen auch eine Fotoausstellung der *Mandela-Stiftung* gezeigt wurde; Botschafter Xolisa Mabhungo würdigte in einer Rede die



W. Sauer (SADOCC) im Interview mit PULS 4

Verdienste des legendären Staatsmanns um Südafrika. In verschiedenen Presseberichten und Interviews kam auch SADOCC ausführlich zu Wort.

Hungersnot in Zimbabwe? Dem südostafrikanischen Land droht im kommenden Jahr eine Hungersnot. Wie das *Welternährungsprogramm (WFP)* am 3. September mitteilte, werden 2014 zirka 2,2 Millionen Menschen vor allem in ländlichen Regionen auf Nahrungshilfe angewiesen sein. „Die Lage verschlimmert sich und ist derzeit noch schlechter als 2009“, sagte die WFP-Sprecherin Victoria Cavanagh in der zimbabweschen Hauptstadt Harare. Damals hatte der wirtschaftliche Niedergang Zimbabwes unter Präsident Robert Mugabe seinen Höhepunkt erreicht. Wegen einer nicht mehr kontrollierbaren Hyperinflation wurde die eigene Währung aus dem Verkehr gezogen und durch den Dollar ersetzt.

Von der Nahrungsmittelkrise werde

ein Viertel der Landbevölkerung in dem bettelarmen Land betroffen sein, sagte Cavanagh. Besonders dramatisch kündigen sich die ersten drei Monate des kommenden Jahres an, die Zeit vor der nächsten Ernte.

Ein Grund der Notlage ist die Unregelmäßigkeit der Regenfälle. Die Lebensmittelpreise sind stark gestiegen. Zudem hat Mugabe in den vergangenen 15 Jahren zahlreiche weiße Farmer enteignet und ihr Land verstaatlicht. Seither kann das Land seinen Nahrungsmittelbedarf nicht mehr decken. Der Präsident ist erst vor wenigen Tagen für eine weitere fünfjährige Amtszeit vereidigt worden.

Kameeta kritisiert Wohlstandsunterschied in Namibia. Der Bischof der *Evangelical Lutheran Church in Republic of Namibia (ELCRN)*, Zephania Kameeta, ist besorgt über die größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich in Namibia. „Als ein früherer Freiheitskämpfer muß ich feststellen,

Botschafter Dinyando verstorben

Der namibische Botschafter in Österreich, Raphael Nakare Dinyando, ist am 4. September 2013 nach langer Krankheit im Rudolfinerhaus in Wien verstorben. Dinyando war erst 53 Jahre alt und hinterläßt eine Frau und vier Kinder. Das Begräbnis wird in Namibia stattfinden.

Botschafter Dinyando war ab 1992 der erste Bürgermeister von Rundu, 2005 wurde er zum stv. Minister für Information und Kommunikationstechnologie ernannt. 2010 bestimmte ihn Staatspräsident Pohamba zum Vertreter Namibias in Österreich. Die Österreichische Namibia-Gesellschaft – wie auch SADOCC – standen mit Botschafter Dinyando in einem engen und herzlichen Kontakt (INDABA 68/10). Mehrere Male nahm er an unseren Veranstaltungen teil. Auch der Frauenkalender für 2013 konnte nur durch seine Unterstützung realisiert werden.

Unser Beileid und die besten Wünsche gelten der Familie des Verstorbenen und seinen Kolleg/inn/en an der Botschaft und im Außenministerium Namibias.



Dinyando bei Überreichung des Frauenkalenders, Jänner 2013

daß unsere Visionen von vor der Unabhängigkeit in Vergessenheit geraten sind“, sagte er bei einer Pressekonferenz Anfang September.

Kameeta wurde 1994 zum ersten Vorsitzenden des namibischen Parlaments gewählt und fungierte die letzten elf Jahre als Bischof der ELCRN; am 3. November wird er sein Amt an einen Nachfolger übergeben und sich dann nach Mariental zurückziehen.

Der Bischof, immer schon einer der prominentesten Befürworter eines Grundeinkommens in Namibia (INDABA 66/10), kritisiert die Übermacht von Kapitalinteressen in der gegenwärtigen namibischen Gesellschaft. „*Ein Namibia, Eine Nation – der Slogan ist vorbei. Heute denkt jeder nur mehr daran, wie er oder sie es sich selbst verbessern und finanziell profitieren kann. Viele Menschen haben ihre ärmeren Landsleute einfach vergessen.*“ Für Kameeta wäre es nicht gerechtfertigt, daß manche Menschen in Villen leben, während andere in Hütten wohnen müssen. „*Niemand sollte herumgehen und auf Mistplätzen nach Nahrung suchen müssen. Es sollte nicht notwendig sein, daß jemand Betteln gehen muß.*“ Namibia sei eine Nation mit wenig Menschen, und daher sollten alle die Möglichkeit haben, sich selbst zu ernähren und ein Dach über dem Kopf zu haben.

Streit um Namensänderung und Reiterstatue in Namibia. Besonders glücklich in Sachen Vergangenheitsbewältigung agiert Staatspräsident Hifikepunje Pohamba in letzter Zeit nicht. Breiten Widerspruch auf allen möglichen Seiten (nicht nur in der deutschsprachigen Community) hat seine Entscheidung hervorgerufen, den Wahlkreis rund um die kleine Stadt Lüderitz in !Nami#Nus umzubenennen. Der Name wurde ursprünglich von

einer bestimmten Nama-Gruppe für die Gegend verwendet. Er habe damit nur eine Empfehlung einer Regierungskommission für Verwaltungsgrenzen umgesetzt, rechtfertigte sich Pohamba bei der Grundsteinlegung eines neuen Universitätscampus in Keetmanshoop. Gleichzeitig soll auch die Region Caprivi in Zambezi umbenannt werden (Caprivi war der Name eines deutschen Reichskanzlers während der Kolonialzeit).

Zuvor hatte der Minister in der Präsidentschaftskanzler, Albert Kawana, allerdings erklärt, die Namensänderung sei gar nicht Teil der Empfehlungen der Kommission gewesen. Von Juristen wurde darauf hingewiesen, daß es nur um die Umbenennung des Wahlkreises ginge und nicht um einen neuen Namen für die Stadt Lüderitz selbst.

Ebenso schlecht lief die Regierungskommunikation hinsichtlich einer Bemerkung des Präsidenten bei der Einweihung einer *Sam Nujoma-Statue* in Ongulumbashi – dem Schauplatz der ersten militärischen Konfrontation der SWAPO mit den südafrikanischen Besatzern 1966 –, auch der berühmte „Reiter“ in Windhoek sollte durch ein Denkmal für Nujoma ersetzt werden. Ein Aufschrei vor allem der „*Allgemeinen Zeitung*“ war die Folge. Allerdings hatte Pohamba seine Äußerung offenbar nicht mit den zuständigen Verwaltungsstellen abgesprochen. Wie wenige Tage darauf – ebenso in der AZ – bekannt wurde, bereitet die Stadt Windhoek die Schaffung einer Kulturmeile entlang der Robert Mugabe Avenue vor. Diese soll Tourist/inn/en zu einigen der wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Stadt führen, etwa dem Nationalarchiv, dem Tintenpalast, der Christuskirche, dem neuen Unabhängigkeitsmuseum, dem Goethe-Zentrum und eben auch zum

Reiterdenkmal. „*Es ist Teil unserer Geschichte*“, erklärte Mariah Hamata von der Stadtverwaltung. Ein Hauptziel des schon in der Tourismus-Strategie Windhoeks 2010 enthaltenen Plans sei, bei in- und ausländischen Besuchern Bewußtsein und Verständnis für das Kulturerbe sowie bei Bewohnern der Hauptstadt ein „*positives Image der kulturellen Identität*“ zu schaffen.



Independence Museum – allerdings noch immer geschlossen

Gewinnen wird in Swaziland immer Mswati. Am 20. September (nach Redaktionsschluß) stehen Parlaments„wahlen“ bevor, deren Ausgang eigentlich feststeht. An der absoluten Machtposition von König Mswati III. werden sie nichts ändern können. Der 45jährige, der den Thron 1986 von seinem Vater Sobhuza II. erbte, ist Afrikas letzter absolut regierender Monarch (INDABA 78/13). Politische Parteien sind in Swaziland verboten. Die Kandidat/inn/en für das Parlament, dem aufgrund der neuen Verfassung nur wenige politische Rechte zukommen, betreiben ihre Wahlwerbung als Individuen und müssen sich einem komplizierten System lokaler Vorwahlen stellen, das von den in Swaziland mächtigen Chiefs (traditionellen Adligen) kontrolliert wird; sie werden alle vom König ernannt bzw. bestätigt. Von den 65 Parlamentssitzen werden darüber hinaus zehn vom

König besetzt – üblicherweise durch die Mitglieder seiner Regierung und den Premierminister, die nicht Abgeordnete sein müssen.

Obwohl der Ausgang der Wahlen somit klar ist, hält Alex Vines, Leiter des Africa Programme am renommierten Londoner Thinktank Chatham House, das Ereignis an sich für wichtig. Vor allem, weil diesmal die Zahl der reformorientierten Kandidat/inn/en sehr hoch ist und einige von ihnen es sicher ins Parlament schaffen werden. Einer von ihnen ist Jan Sithole, ein respektierter früherer Gewerkschaftsführer, der (informell) eine *Swaziland Democratic Party* gegründet hat, bei den Wahlen aber als unabhängiger Kandidat auftritt. „Wenn es solche Leute schaffen“, sagt Vines, „dann könnte es einen Wandel von innen heraus geben.“

Die Probleme, mit denen sich das neu gewählte Parlament beschäftigen wird müssen, sind ziemlich groß.



Vom Gewerkschaftsführer zum Wahlkandidaten:
Jan Sithole

Zwei Drittel der Bevölkerung leben in Armut, ein Viertel ist HIV-positiv, und für 2013 und 2014 wird ein Nullwachstum prognostiziert. 2011 schrammte das Land außerdem knapp am Bankrott vorbei, als die Überweisungen der *Southern African Customs Union (SACU)*, die knapp 60%

der Staatseinkommen ausmachen, plötzlich sanken. Die Regierung mußte damals Bankkredite aufnehmen, um die Gehälter des (aufgeblähten) staatlichen Verwaltungssektors zu bezahlen. Auf der anderen Seite fallen die Kosten für den neuen Flughafen – der seit 10 Jahren gebaut wird und nie fertig wird, wäh-

rend die Kosten immer steigen – sowie der luxuriöse Lebensstil des Königs und seiner dreizehn Ehefrauen ins Gewicht.

„Die neue Regierung wird sich intensiv mit Reformen beschäftigen müssen“, sagt Alex Vines. „Nur den Kopf in den Sand zu stecken, wie das bisher geschehen ist, wird nicht mehr reichen.“ Dies umso mehr, als Südafrika das Ersuchen Swasilands um eine Subvention von 2,4 Mrd. Rand nicht erfüllen wird, wie Finanzminister Pravin Gordhan im Parlament bekanntgab – wegen der Reformfeindlichkeit des politischen Systems.

Tanzania-Berichterstattung – Erfolg. Der deutsche Fernsehsender Pro7 nimmt – angeblich aus Quotengründen – die umstrittene Sendung „Reality Queens auf Safari“ aus dem Programm. Zahlreiche deutsche entwicklungspolitische Organisationen hatten die Programmverantwortlichen Ende August in einem offenen Brief aufgefordert, die Ausstrahlung der Sendung „Reality Queens auf Safari“ mit sofortiger Wirkung zu stoppen. Das Format der Sendung, so ihre Stellungnahme, verstärkte allgemeinverbreitete Stereotype gegenüber dem ostafrikanischen Land Tanzania, schüre gängige Vorurteile und stelle die Menschen des Landes in einer rassistischen und diskriminierenden Form dar. Das in der Sendung erzeugte Bild von Tanzania und seinen Menschen sei einfältig, beleidigend sowie menschenunwürdig. Die Ausstrahlung der Sendung in der deutschen Medienlandschaft sei daher inakzeptabel.

In der inhaltlichen Kritik der unterzeichnenden Organisationen heißt es u. a. wie folgt: „Bereits im Vorspann der Sendung wird Tanzania als ein kleines Land dargestellt, in dem ‚Afrika noch mehr als eine Showkulisse‘ ist, ‚die

Tiere richtig wild‘ und ‚die Naturvölker richtig echt‘ sind. Dies entspricht – bei einer Größe des 2,5-fachen der Bundesrepublik, gut 45 Mio. Einwohnern, Tanzanias kultureller Vielfalt und mit 130 unterschiedlichen Ethnien und Sprachen – nicht annähernd der Realität. Daß ein professionell operierendes Unternehmen mit derart medialem Einfluß wie Pro7 auf solch ein unreflektiertes Afrikabild zurückgreifen muß, ist erschreckend.

Als Beispiel (Sendung vom 22. 08. 2013) sei hier die Aussage einer Kandidatin genannt, daß die tanzanischen Männer bei ihrer Ankunft (der Kandidatinnen) am Flughafen einen Samensturz gehabt hätten. Im anschließenden Schnitt werden kopulierende Affen eingeblendet. Neben einer pervertierten Beleidigung der hier gemeinten tanzanischen Männer durch die Kandidatin läßt der damit verbundene Schnitt den subtilen Vergleich zwischen Tanzaniern und Affen zu, das ist ungeheuerlicher Rassismus kolonialer Prägung.

Dieses Landauf seine beeindruckenden Landschaften und vielfältige Flora und Fauna zu reduzieren und in Bezug auf seine Menschen nur altbekannte Stereotype zu bedienen, fördert ein rassistisches, neokoloniales Bild Afrikas. Daher fordern wir die Ausstrahlung der Sendung mit sofortiger Wirkung zu stoppen.“

Zu den Unterstützern der Protesterklärung, die letztendlich die Absetzung des geschmacklosen Machwerks bewirkte, zählen das Tanzania-Network in Berlin, Africavenir International, der Arbeitskreis Hamburg Postkolonial, die Deutsch-Tansanische Freundschaftsgesellschaft, die Initiative Südliches Afrika (INISA), die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland sowie kirchliche Organisationen.

Zimbabwe nach der Wahl

Mugabes zweiter Frühling?

Nach langem Hin und Her (INDABA 78/13) fanden am 31. Juli die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Zimbabwe statt. Dem offiziellen Endergebnis zufolge waren Amtsinhaber Robert Mugabe und seine ZANU PF-Partei klare Sieger – begründete Zweifel daran wurden innenpolitisch wie auch von den meisten Regierungen im Südlichen Afrika vom Tisch gewischt. Peter Kuthan hat die Entwicklung vor Ort in Zimbabwe mitverfolgt und berichtet exklusiv für INDABA.

Erst beim zweiten Hinschauen habe ich ihn überhaupt wiedererkannt. Das offenbar mittels Photoshop heftig verjüngte Konterfei auf den zu Hunderttausenden im ganzen Land angebrachten Wahlplakaten wirkt im Nachhinein wie eine self-fulfilling prophecy: *Robert Mugabe is back again*. Und das mit neunundachtzig Jahren als der älteste amtierende Staatsmann Afrikas und nach dreiunddreißig

nichts geändert. Im Gegenteil, sie haben am Comeback kräftig mitgewirkt: Haben sie ihm damit doch die 2008 verlorene Legitimität als Staatsoberhaupt wiederbeschafft und seiner Partei die Luft für eine erfolgreiche strategische Neuaufstellung nach dem Tiefpunkt der politischen Krise.

Bei der pompös inszenierten Inauguration des mit offiziell 61% der Stimmen bestätigten Präsidenten im Sportstadion von Harare – auf den Straßen wird sie auch spöttisch als „Krönung“ bezeichnet – gibt es gratis Chicken & chips für das Wahlvolk. Der Tag wurde außerdem per Dekret zum gesetzlichen Feiertag erklärt, wohl um die Mobilisierung der darbenenden Massen im urbanen Kernland der Opposition zu erleichtern.

Der dort tagelang wirkenden Schockstarre nach dem enttäuschenden Abschneiden bei der Wahl wird im Stadion mit Siegesfanfaren begegnet – und mit der Androhung von Vergeltung für die westlichen Sanktionen, aber auch Warnungen an die Adresse der oppositionellen Bevölkerungsmehrheit

in den großen Städten Harare und Bulawayo.

Rückblende ins Vorfeld des Wahltages am 31. Juli – erwartungsgemäß hat ja das von Mugabe besetzte Verfassungsgericht gegen die von der SADC empfohlene Verschiebung entschieden. Es herrscht gespannte Erwartung und schüchterne Hoffnung auf Veränderung. Zwar gibt es einzelne Übergriffe und repressives Vorgehen des Staatsapparats gegen Rechtsvertreter und exponierte Akteure der Zivilgesellschaft. Aber ein *grosso modo* friedlich verlaufender Wahlkampf soll wohl das ramponierte Image des Landes nach den blutigen Auseinandersetzungen von 2008 aufpolieren. Dieser Eindruck dominiert auch prompt die Wahrnehmung von Wahlbeobachtern. Aber die tief sitzende Angst von 2008 (und den früheren Wahlgängen) wirkt nach und dient in subtiler Weise der Einschüchterung. Als ich den Fahrer bitte stehen zu bleiben, um eines der zu Boden gefallenen Wahlplakate als Souvenir mitnehmen zu können, steigt er entsetzt aufs Gas: „*Willst Du im Gefängnis landen?*“ wie drei seiner

**Subtile
Mani-
pulation**



Wahlwerbung in Zimbabwe: ZANU PF ...

Jahren an der Macht. Daran hat auch das Intermezzo der „Regierung der Nationalen Einheit“ von ZANU PF mit den als „landesverräterisch“ verfeindeten Koalitionspartnern MDC und MDC-T

Bekanntes. Noch mehr als die unerschwellige Angst wirkt die unverhüllte Drohung mit dem Entzug der Lizenz für einen Marktstand, dem Verlust des seltenen Arbeitsplatzes oder des Zugangs



... und MDC-T

zu Saatgut und Dürrehilfe, von der nach schlechter Ernte erneut 1,2 Mio. Menschen abhängig sind.

Am Vortag der Wahl läuft im Radio die Übertragung einer von Mugabe ins *State House* einberufenen Pressekonferenz. Mit dem Charme und Witz eines eloquenten Entertainers läßt er die internationale Journalistenrunde wiederholt in schallendes Gelächter ausbrechen, so als ob es um eine Tee-Party und nicht um eine Schicksalswahl ginge. Er kann sich seines



Mugabe bei einer Wahlkundgebung

Sieges offenbar so sicher sein, daß er großzügig seinen Rücktritt im Falle der Niederlage ankündigt.

am Wahltag selbst suggerieren lange Warteschlangen vor den

Wahllokalen eine hohe Wahlbeteiligung, aber das Gegenteil stimmt: Von 6,4 Mio. registrierten Wahlberechtigten geben nur 3,4 Mio. ihre Stimme ab. Die Warteschlangen vor allem im städtischen Bereich entstehen durch eine frustrierend langsame Prozedur und die wiederholte Abweisung von Wählern – laut Wahlkommission sind es über 304.000 – oder dadurch, daß diese ohne ihr Wissen in anderen, weit entfernten Wahllokalen registriert wurden. Überhaupt steht das Wählerregister im Zentrum der Kritik. Entgegen dem Wahlgesetz war die Zeitspanne für die Registrierung kürzer als 30 Tage, viele Erstwähler/innen und die 3 Mio. in der Diaspora Lebenden blieben von vornherein ausgeschlossen, es befinden sich zehntausende Verstorbene auf den Listen und viele Wählernamen doppelt. Kein Wunder, daß die Wahlkommission erst am Vortag der Wahl mit dem Register herausrückte und auch das nur in wenigen gedruckten Exemplaren, obwohl einem jeden Kandidaten auch eine elektronische Version „in angemessener Zeit vorher“ zustünde, um eine effiziente Kontrolle zu ermöglichen.

Im Gegensatz dazu wurden rechtzeitig 8,7 Mio. Stimmzettel gedruckt, also 35% (!) mehr als die Zahl der registrierten Wähler.

Weitere Vorwürfe betreffen den kraß ungleichen Zugang zu den staatlichen Medien, die Benachteiligung von urbanen Wählern durch ungünstige Platzierung der Wahllokale, laxen Identitätskontrollen und angeheuerte Mehrfachwähler. Aber auch die Wählerbeeinflussung durch eine starke Präsenz von Sicherheitskräften nicht nur vor, sondern – verbotener Weise – auch in den Wahllokalen und beim Auszählen fällt ins Gewicht, weiters eine außerordentlich hohe Anzahl von 206.000 „assisted voters“, bei denen

der Polizist quasi stellvertretend den Stimmzettel ausfüllt.

Die Bekanntgabe der Wahlergebnisse aus den Wahlkreisen zieht sich über einige Tage und wird stundenlang live im Fernsehen übertragen, wohl um entgegen allen Vorwürfen Überparteilichkeit und Transparenz zu demonstrieren. Die Schlagzeilen der Zeitungen reichen von „*President Mugabe romps to victory*“ (The Sunday Mail) bis zu „*Daylight Robbery*“ (Mail&Guardian). Die offiziell verkündeten Wahlergebnisse bestätigen den „*Erdrutschsieg*“ Mugabes und die „*totale Sonnenfinsternis*“ (The Herald) für die MDC-Formationen: 61% für Mugabe gegenüber knapp 34% für Tsvangirai; auf lokaler Ebene gehen gar 76% der Sitze an Kandidat/inn/en von Mugabes ZANU PF. Nach Einrechnung der proportional gewählten Mandatare ergibt sich in der Nationalversammlung eine Zweidrittelmehrheit von 197 Parlamentssitzen für ZANU PF, 70 für MDC-T, 2 für MDC sowie 1 Unabhängiger; im Upper House stellt ZANU PF 37 von 80 Sitzen, MDC-T 21 und MDC 1 plus 18 Chiefs und 2 Abgeordnete für die Behinderten.

SADC, COMESA und AU bescheinigen überraschend prompt, daß es sich um „*friedliche und freie Wahlen*“

Von SADC anerkannt

gehandelt habe – noch bevor der ausführliche Endbericht der Wahlbeobachter fertig gestellt ist. Das Urteil „*fair*“ ist auffallend, eigentlich sehr zurückhaltend und Defizite konstatierend. Mit den Worten Thabo Mbekis: „*Ja tatsächlich, es gab Mängel. Aber wir brauchen Washington, Brüssel und London nicht, die uns sagen, die Afrikaner taten unrecht, als sie die Wahlen anerkannten.*“ (News Day, 29. 8.). Das deutet darauf hin, daß man sich angesichts der in weiteren SADC-

Ländern anstehenden Wahlen keine Einmischung wünscht, wenngleich die angeführten „Mängel“ in klarem Gegensatz zu den *SADC Election Guidelines* von 2006 stehen.

Mugabes Herausforderer Tsvangirai erklärt die Wahlen umgehend als „null und nichtig“, weil „gestohlen“. Eine Schlagzeile lautet gar „MDC considering mass protests“. Schließlich reicht er eine Wahlanfechtung ein, um sie kurz darauf wieder zurückzuziehen. Die Stimmung in den Straßen ist gedämpft, aber ruhig. Umso heftiger wird in den oppositionellen Zirkeln diskutiert, ob nicht doch mehr hinter der Niederlage steckt als systematischer Wahlbetrug. So etwa eine Schlüsselfigur der kleineren MDC-Fraktion, Paul Temba Nyathi: *„Ich hatte das Gefühl, daß mein Wahlkreis, Gwanda North, nicht zu gewinnen war. Leute, die normalerweise zu unseren Veranstaltungen kamen und uns unterstützten, konnten mir plötzlich nicht in die Augen schauen. Sie wurden unsicher. Wir hatten einen freien und fairen Wettbewerb, jeder war frei, Werbung zu betreiben, und die Wahl selbst war in Gwanda North friedlich. Hand aufs Herz, ich glaube, daß ZANU PF uns fair und eindeutig besiegt hat. Es gibt etwas, was Menschen in Liebe zu ZANU PF fallen ließ.“*

Tatsächlich haben sich die MDC-Formationen die Niederlage zu einem beträchtlichen Teil selbst zuzuschreiben, nicht nur weil sie erneut kein gemeinsames Antreten zustandegebracht haben, sondern weil sie ihre Regierungsbeteiligung bereits als Selbstläufer für einen weiteren Wählerauftrag betrachtet haben. Das Verdienst, zu einer relativen Stabilisierung des Landes nach der tiefen Krise von 2008/09 beigetragen

zu haben, ist verblaßt. Die Regale sind zwar wieder gefüllt mit (größtenteils aus Südafrika) importierten Gütern, die Warteschlangen sind verschwunden, wie auch der ZimDollar und dessen Hyperinflation. Aber die Arbeitslosigkeit ist noch immer weit über 80%, das Pro-Kopf-Einkommen und die Lebenserwartung rangieren unter den niedrigsten in Afrika, die Schere zwischen verarmter Bevölkerung und mit frisch erworbenem Reichtum protzender Elite hat sich weiter geöffnet; die De-Industrialisierung ist nicht gestoppt und die Infrastruktur verfällt, was sich quälend in vermehrten Schlaglöchern, Stromabschaltungen und kollabierenden Ab/Wassersystemen niederschlägt. Und die bescheidenen Erfolge der im Zuge der *fast track-Landreform* angesiedelten 360.000 Farmer machen den empfindlichen Rückschlag für den komplexen Agrarsektor bzw. die nachgelagerte Agroindustrie noch lange nicht wett.

Angesichts dieser tristen Lage sind die Erwartungen in die MDC-Formationen vor allem auf Seiten ihrer urbanen Wählerschaft, ihrer früheren Gewerkschaftsbasis und anderer Aktivisten der Zivilgesellschaft zutiefst enttäuscht. Sie sehen die MDC-Regierungsarbeit mehr um Posten und Pfründe bemüht

als um den versprochenen grundlegenden Wandel. Die Austeritätspolitik des MDC-Finanzministers tanzt nach der Pfeife von IMF und westlichen Gebern.

Die Verschleppung eingeforderter Reformen wie die Öffnung der Medien oder Abschaffung repressiver Gesetze, die ein parteiisch agierender Sicherheitsapparat als eine Handhabe für die willkürliche Beschränkung demokratischer Rechte nutzt, wurde

hingenommen. Kritiker werfen Tsvangirai auch Führungsschwäche und gleichzeitig autoritäre Züge im Umgang mit abweichenden Meinungen innerhalb der Partei vor, ja sogar von „Zanufication“ ist die Rede.

Noch mehr wiegt aber das Fehlen einer klaren strategischen Position der MDC-Formationen in der Frage, was die souveräne Verfügung über die Ressourcen des Landes in Form von Land und Bodenschätzen angeht. MDC-T und MDC haben der völligen Vereinnahmung der Geschichte und des Vermächtnisses des antikolonialen



Stimmungsbild aus der Hauptstadt Harare

Befreiungskampfs durch Mugabe und ZANU PF nichts entgegenzusetzen, was diese entsprechend ausnutzen.

Geschickt setzt die ZANU-Strategie von *Indigenisation and Empowerment* auf die nationale Karte und hat weitere 1.300 Betriebe im Auge, die einen Anteil von mindestens 51% an indigene Landsleute bzw. Community Trusts abgeben sollen. Ob der weitere Eingriff in die Eigentumsverhältnisse wie proklamiert Arbeit schafft und die Wirtschaft ankurbelt oder die letzten Investoren vertreibt und lediglich ein System der Bereicherung und Patronage für Parteigänger nährt, ist so umstritten wie der Wahlausgang.

=> Fortsetzung auf Seite 26

NGO-Kritik an der MDC

Plastiksackerln in Südafrika

Angeblich 18% aller Kunststofftaschen werden (nach Angaben eines Recyclingverbands) seit der gesetzlichen Neuregelung in Südafrika 2002 wiederverwertet – der zweithöchste Platz weltweit, nach Australien. Immer noch nicht genug, meint Teresa Gattringer und fordert eine stärkere finanzielle Belastung von Plastiksackerln ein. Schon die moderate Abgabenerhöhung im heurigen Budget stieß in Südafrika jedoch auf Proteste...

Schätzungen zufolge werden jedes Jahr weltweit zwischen 500 Milliarden und einer Billion Kunststofftragetaschen verbraucht und annähernd eine Million derselben pro Minute verwendet. Oft werden sie durch den Handel und auf Märkten kostenlos be-



Plastiktragetaschen im Meer

reitgestellt und dadurch nur einmal und für einen kurzen Zeitraum verwendet. Folgen davon sind häufig übermäßiger Konsum und achtloses Wegwerfen in die Umwelt. Neben dem Ressourcenverbrauch in der Produktion und einer geringen, aber dennoch erwäh-

nenswerten Klimarelevanz bei der Herstellung und Entsorgung stellen die Auswirkungen bei nicht sachgerechter Entsorgung eine ernste Bedrohung für die Umwelt dar. Denn durch das sog. *littering* (=achtloses Wegwerfen von Abfällen) werden Landschaften und Meere mit Kunststoffteilen angereichert. Lebewesen können sich in den Abfällen verheddern oder diese fressen, sie ersticken oder verhungern daran. Durch die Langlebigkeit von Kunststoffen – die Abbauzeit beträgt unter Umweltbedingungen (also in der freien Natur) schätzungsweise 20 bis 1.000 Jahre, je nach den physikalischen und chemischen Eigenschaften des Kunststoffs – wird diese Situation noch verschärft. Studien zufolge können kleine Kunststoffpartikel Schadstoffe konzentrieren, welche dann in die Nahrungskette gelangen, wenn sie von Organismen aufgenommen werden. Auch der Tourismus ist wirtschaftlich von marinen Abfällen betroffen.

In vielen Teilen der Welt wurden in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen mit unterschiedlichem Erfolg angewendet, um den Verbrauch an Kunststofftragetaschen einzuschränken. Die politischen Instrumente reichen von generellen Verboten, Verboten von dünnen Plastiksackerln

oder Besteuerung bis hin zu freiwilligen Maßnahmen.

In Südafrika war der Verbrauch früher durch die kostenlose Abgabe von Kunststofftragetaschen enorm hoch. Es wurden geschätzte acht Milliarden Exemplare pro Jahr verwendet. Folge davon war vor allem ein großes Litteringproblem. Durch die Verunreinigung der Landschaften wurden die Taschen auch als „*nationale Blume*“ bezeichnet. Aufgrund des geringen ökonomischen Wertes wurden sie nicht gesammelt. Vor allem in einkommensschwachen Gebieten stellte dies ein Problem dar, weil dort die Abfallwirtschaft oft unzureichend organisiert ist.

Eine Abfallwirtschaftsstudie im Jahr 2000 hob Kunststoffe im allgemeinen als Problem hervor, einerseits aufgrund ihrer hohen Sichtbarkeit und andererseits, weil es noch keine Organisation gab, die

für die Entsorgung und das Recycling zuständig war. Dadurch entschloß sich die südafrikanische Regierung ein Jahr darauf, Kunststofftragetaschen zu verbieten, und es fand bis zur Vereinbarung im Jahr 2002 eine breite Debatte und Beratungen mit verschiedenen Stakeholdern statt (INDABA 35/02). Die neue Gesetzgebung regelte die Dicke des verwendeten Kunststoffs.

Problem für die Umwelt

Produktion, Handel und Verteilung von Kunststofftragetaschen, die weniger als 30 Mikrometer dick sind, wurden verboten. Das Gesetz ist seit 9. Mai 2003 in Kraft. Weiters wurde die kostenlose Abgabe der Plastiksackerln verboten.

Ziel des Gesetzes ist es, die negativen Auswirkungen der Kunststofftragetaschen auf die Umwelt zu reduzieren. Der Verbrauch sollte von acht Milliarden Stück auf die Hälfte verringert werden.

Da die kostenlose Abgabe von Kunststofftragetaschen nicht mehr erlaubt war, wurde anfangs ein fester Preis von 46 Cents pro Sackerl für die ersten drei Monate festgelegt. Zusätzlich wurde eine Abgabe von drei Cents festgesetzt. Im Jahr 2009 wurde diese Abgabe auf vier Rand-Cents erhöht, um das Recycling intensiver zu unterstützen.

Die erhöhte Dicke wurde eingeführt, um die Wiederverwendung der Taschen zu fördern. Um das Recycling zu subventionieren, wurde das Non-Profit-Unternehmen „Buyisa-e-Bag“ gegründet. Dies hatte Abfallvermeidung, Netzwerkbildung und Schaffung von Arbeitsplätzen zum Ziel. Zudem sollte es als Starthilfe für die ländliche Abfallsammlung dienen. Offenbar mit geringem Erfolg – 2011 wurde die Einrichtung aufgelöst.

Ursprünglich wollte die Regierung die minimale Dicke auf 80 Mikrometer erhöhen. Nach Widerstand des Handels und der Kunststoffindustrie wurde dies aber nicht umgesetzt. Es wurde argumentiert, daß es nicht möglich wäre, Taschen mit einer Dicke von 80 Mikrometer in den bestehenden Anlagen zu produzieren. Daher wurde der Kompromiß von 30 Mikrometer vereinbart. Auch die Gewerkschaft setzte

sich zur Wehr, weil sie befürchtete, daß Fabriken geschlossen werden würden und es zu Arbeitsplatzverlusten kommen würde. Die Autoren einer südafrikanischen Studie im *South African Journal of Economics*, die sich mit der Ökonomie des Gesetzes beschäftigt hat, kommen jedoch zu dem Schluß, daß die anfänglichen Bedenken seitens der Kunststoffindustrie übertrieben waren.

Zu erwähnen ist, daß der Einzelhandel und nicht die Regierung vorschlug, Tragetaschen nicht mehr kostenlos abzugeben. Der Grund dafür war, daß der Handel die höheren Kosten, die sich aus den neuen dickeren Taschen ergaben, nicht über erhöhte Lebensmittelpreise kompensieren wollte (wobei auch vor der Regelung die Tragetaschen nicht „kostenlos“ abgegeben wurden, weil die Kosten in die Preise der Güter einbezogen wurden).

In den ersten drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes kam es zu einem starken Rückgang des Aufkommens an Kunststofftragetaschen von rund 76 Prozent. Zudem wurden nicht nur weniger Sackerln verbraucht, sondern auch mehr Tragetaschen verwendet.

Nach drei Monaten wurde der Preis auf Druck der Kunststoffindustrie vom Einzelhandel selbst bestimmt. Dadurch schwankten die Preise enorm. Im Durchschnitt fiel der Preis um 46 Prozent. Durch das niedrigere Preisniveau stieg die nachgefragte Menge. Die Preise stiegen mit der Zeit zwar wieder, jedoch hatte dies kaum mehr einen Effekt, da sich die Konsument/inn/en an das Bezahlen gewöhnt hatten. So stieg auch der Verbrauch allmählich wieder an. Das Bezahlen an sich war wichtiger als die

Höhe des Preises, denn diese schien relativ unempfindlich gegenüber dem Einkommen der Verbraucher/inn/en. Als die Konsument/inn/en an das Bezahlen gewöhnt waren, wurde der Preis relativ uninteressant, denn im Vergleich zu den Gesamtkosten eines Einkaufs war der Preis sehr gering.

Der zu Anfang starke Rückgang könnte dadurch erklärt werden, daß die Bevölkerung daran gewöhnt war, die Taschen kostenlos zu erhalten, und die neue Regelung regelrecht zu einem Nachfrageschock führte. In weiterer Folge wurde ein Aufwärtstrend im Aufkommen von Kunststofftragetaschen beobachtet. Dies ist für mich ein starkes Indiz dafür, daß die Gesetzgebung gescheitert ist. Weitere Effekte der Maßnahme betrafen die Häufigkeit der Wiederverwendung und das Recycling. Umfragen über das Verhalten von Konsument/inn/en zeigen, daß nur ein geringer Teil die Taschen zum Einkaufen wiederverwendet, sondern diese als Abfallsäcke benützt werden. Das Recycling von Kunststofftragetaschen, die mit Abfällen befüllt sind, macht wirtschaftlich nicht sehr viel Sinn. Somit war die neue Gesetzgebung in dieser Hinsicht ebenfalls nicht erfolgreich.

Mögliche Gründe für das Fehlschlagen der politischen Maßnahme waren:

- Durchführung von zu wenigen Bewußtseinskampagnen
- ein relativ geringer Preis der Kunststofftragetaschen im Vergleich zu dem Einkommen der Konsument/inn/en
- Unwissenheit der Bevölkerung, da der Preis an den Kassen nicht ausgezeichnet wird
- die angebotenen Alternativen (Stoff- und Papiertragetaschen) sind nicht für alle Zwecke zufriedenstellend.

Verbote wenig wirksam

Auch wurden die Einnahmen aus der Abgabe als allgemeine staatliche Mittel genutzt und kaum dazu, um das Recycling der Kunststofftragetaschen zu finanzieren. Transparenz und Kommunikation hätten in dieser Hinsicht besser sein können, da Vertreter/inn/en des Einzelhandels nicht wußten, was mit der Abgabe geschieht und welche Motive die Grundlage für die Erhöhung bildeten. An der politischen Maßnahme wird kritisiert, daß sie andere Sektoren

Bewußtseinsbildung wichtig

wie zum Beispiel den Bekleidungs-handel ausschließt. Obwohl dieser immer dickere Tragetaschen zur Verfügung stellt, bietet er diese kostenlos an. Womöglich hat dies Einfluß auf die Einhaltung des Gesetzes im Lebensmitteleinzelhandel. Durch den geringen Preis der Kunststofftragetaschen waren die Maßnahmen also nur kurzfristig erfolgreich. Die Preiserhöhung müßte erheblich sein, um eine nennenswerte Veränderung im Verbrauch zu erzielen.

Auch Wiederverwendung und Recycling müßten mehr gefördert werden. Um das von der Gesetzgebung beabsichtigte Ziel zu erreichen, müßte das Verhalten der Konsument/inn/en langfristig durch intensive Bewußtseinskampagnen verändert werden. ■

Teresa Gattringer studierte Umwelt- und Bioressourcenmanagement auf der Universität für Bodenkultur in Wien und analysierte in ihrer Diplomarbeit die Effekte der Regulierungsmaßnahmen in Australien, China, Irland, Luxemburg und Südafrika.

Vor Kommunal- und Parlamentswahlen in Moçambique

Kritisch beobachtet von den europäischen Geberländern, hat der Vorbereitungsprozeß für die Gemeinderatswahlen in Moçambique begonnen, die für 20. November angesetzt sind. 2008, bei den letzten Wahlen, hatte die Regierungspartei FRELIMO in 42 von 43 Gemeinden die Mehrheit erzielt und stellt seither dort die Bürgermeister (INDABA 60/08). In Beira konnte sich ein als unabhängiger Kandidat antretender ehemaliger RENAMO-Politiker behaupten. Vereinzelt zogen kleinere Parteien in die Gemeinderäte ein.

Für die heurigen Wahlen wurden von der Nationalen Wahlkommission (CNE) insgesamt 19 politische Parteien registriert. Sechs davon (FRELIMO, PDD, PIMO, PT, ANATURMA und JPC) hatten schon 2008 kandidiert, die übrigen bewerben sich zum ersten Mal, darunter mehrere Umweltschutzgruppen.

Eines der umstrittenen innenpolitischen Themen ist der Wahlboykott der RENAMO, die beim letzten Mal eine vernichtende Niederlage auf kommunaler Ebene erlitten hatte. Dessenungeachtet beharrte die frühere Rebellenbewegung, die sich nach dem Friedensschluß 1992 mit abnehmendem Erfolg als zivile Opposition etablierte, auf „Gleichheit“ mit FRELIMO und weigerte sich, die im Gegenzug erhobene Forderung, ihre paramilitärischen „Leibgarden“ zu entwaffnen, zu erfüllen. Verhandlungsrunden zwischen beiden Parteien blieben erfolglos. Vorsitzender Dhlakama ließ sich bei einer Veranstaltung mit fanatischen Anhängern sogar zur Drohung hinreißen, er werde „das Land in der Mitte zerteilen“. Nach Interventionen der US- und EU-Botschafter schwächte er dieses Statement jedoch ab. Derzeitiger Stand: RENAMO hat sich nicht bei der Wahlkommission registriert und darf somit an den Wahlen vom 20. November nicht teilnehmen – es sei denn, das Wahlgesetz würde geändert.

Reibungslos verlief der bisherige Vorbereitungsprozeß. Mehr als 80% der Erwachsenen haben sich zwischen Mai und August d. J. für die Wahlen registriert, leicht weniger als 2007/08. Nach derzeitigem Stand werden knapp über 3 Mio. Menschen wahlberechtigt sein. Ungelöst ist die Frage, warum sich in manchen Wahlkreisen teilweise wesentlich mehr Menschen registrieren ließen als vorher angenommen. Vermutlich ist dies auf das Fehlen akkurater Bevölkerungsregister zurückzuführen oder auch auf Migrationsbewegungen, die zur Registrierung in anderen Gemeinden führen.

Nach längerem Hin- und Her, und nun doch ziemlich überraschend, setzte Präsident Guebuza im Sommer auch den Termin für die Parlamentswahlen fest. Diskussionspunkte dabei sind immer der Beginn der Regenzeit (die sich negativ auf die Wahlbeteiligung auswirkt) und das Verhältnis der Wahltag im Inland bzw. für die Diaspora im Ausland, die in Moçambique ebenfalls das Wahlrecht besitzt und zwei Parlamentsmandate besetzt. Als Termine wurde nun der 15. Oktober, ein Mittwoch, festgesetzt. Dies wird von den Vertretern der Auslandswähler/innen allerdings kritisiert, weil Wahltag unter der Woche in Südafrika oder Europa nur schwer wahrgenommen werden können.

Joe Hanlon und Red.

Frequenz der Hoffnung

Mit dem Radio kommt die Schule

In der Gemeinde Chikuni im südlichen Zambia lernen Kinder via Radio, denn die staatlichen Schulen sind für 80 Prozent der Kinder unerreichbar. Gemeinsam mit dem lokalen Partner Chikuni Mission betreibt die Kindernothilfe mehr als 20 Radioschulstationen. Im Gespräch mit Julia Drazdil-Eder erzählt der Projektleiter, Pater Kelly Michelo, von Schulen ohne Buch und Klassenzimmer, der Faszination des Radios sowie der Notwendigkeit nachhaltiger Landwirtschaft.

fm 91.9 – auf dieser Frequenz liegt die Hoffnung der im südlichen Zambia gelegenen Gemeinde Chikuni. Das ländliche Gebiet zwischen der Hauptstadt Lusaka und dem südlichen Touristenzentrum Livingstone ist weit abgelegen, die öffentlichen Schulen sind für 80 Pro-



Lernen mit dem Radio

zent der Kinder unerreichbar. Weil die Kinder aus den Dörfern nicht zum Unterricht kommen können, kommt der Unterricht eben zu ihnen: per Solarradio. Denn auch elektrischer Strom ist nicht verfügbar.

Die Initiative dazu stammt vom Jesuitenpater Kelly Michelo, von allen kurz Father Kelly genannt, Leiter der *Chikuni Mission* (INDABA 78/13). Die hat es sich zur Aufgabe gemacht, Bildung und Informationen in die ländlichen Gebiete Zambias zu bringen und betreibt zu diesem Zweck eine eigene Radiostation. Wichtige Nachrichten oder Unterhaltung für die insgesamt 25.000 Einwohner der 180 Dörfer umfassenden Region sind über die Frequenz 91.9 FM von Radio Chikuni zu hören. Und eben der Schulunterricht: 1.700 Kinder werden am Vormittag über 21 verschiedene Radioschulen erreicht – gelernt wird oft nur unter einem Baum, ohne Bücher, Uniformen, Schulgebühren oder Klassenzimmer. Dabei tönt die Stimme des Lehrers durch ein kleines, blaues Radio, das über eine Handkurbel immer wieder neu aufgeladen werden muß. Ein in einem dreimonatigen Kurs eigens geschulter Hilfslehrer, meist ein Dorfbewohner, begleitet und unterstützt die offiziellen Radioschuleinheiten, schreibt auf einer Tafel mit und hilft den Kindern bei ihren Aufgaben.

Der Radiounterricht deckt die ersten sieben Grundschuljahre ab. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung werden von der Chikuni

Mission die Lehrpläne erstellt, nach Ende des siebenten Jahres können sich die Schüler mit einem staatlichen Test für eine weiterführende Schule qualifizieren. Die Erfolge geben dem von der *Kindernothilfe* unterstützen Projekt recht: Die Schüler der Chikuni Mission schneiden bei den offiziell abgelegten Prüfungen immer wieder überdurchschnittlich gut ab. Warum das so ist, erzählt Father Kelly im Interview.

Die meisten Kinder im ländlichen Zambia haben nie eine Schule besucht. Wie bringen Sie sie dazu, am Radiounterricht teilzunehmen?

Die Schüler treffen sich unter einem Baum oder in einer einfachen Hütte. Sie brauchen keine Uniform und keine Schulbücher – gelernt wird mit einfachen Mitteln, dafür aber mit der größtmöglichen Motivation. Das Radio, die Musik, die Stimmen faszinieren die Kinder, ziehen sie in ihren Bann, sind Grund genug, sich unter den Baum zu den Unterrichtseinheiten zu setzen und mitzumachen. Auch wenn die Eltern erst skeptisch waren und den Radioschulbesuch nicht unterstützen wollten – die guten Ergebnisse sprechen letztlich für sich.

Was sind denn die deutlichsten Erfolge des Projekts?

Die Radioschulen sind sehr erfolgreich: Wir erreichen mittlerweile rund 70 Klassen mit 1.700 Schülern. Dabei messen wir den Erfolg unseres Radiounterrichts nicht daran, wie viele Kinder nach den sieben Grundschuljahren in eine höhere Schule wechseln. Sondern daran, wie vielen es tatsächlich gelungen ist, Lesen und Schreiben zu lernen. Wie viele ihr neues Wissen auch an ihre Eltern weitergeben – und dadurch zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen.

Warum müssen die Eltern erst davon überzeugt werden, ihre Kinder in die Radioschule zu schicken?

Die Mehrheit der hier lebenden Bauern kann aufgrund verschiedener



Großes Interesse an den Schulen

Faktoren – wie Dürreperioden oder der durch Abholzung verursachten schlechteren Wasserspeicherung der Böden – kaum genug Nahrung für den Eigenbedarf produzieren. Viele Kinder sind von klein an gezwungen, durch ihre Mitarbeit zum geringen Einkommen der Familie beizutragen. In unserer Gemeinde leben 25.000

Menschen – die meisten davon sind selbst niemals in der Schule gewesen. Für jemanden, der selbst nicht lesen und schreiben kann, ist es schwer zu verstehen, warum das Kind das lernen sollte. Hier setzen wir an: Wir erklären den Angehörigen die Wichtigkeit von Bildung, unterrichten auch die Eltern. Am Nachmittag, wenn der Unterricht der Kinder beendet ist, sitzen oft die Erwachsenen vor dem Radio.

Welches sind die wichtigsten Unterrichtsinhalte?

Neben den klassischen Unterrichtsfächern des Lesens, Schreibens und Rechnens sind auch Aufklärungseinheiten zu Hygiene oder Aids fester Bestandteil der Radioschule. Seit 1990 ist die Lebenserwartung in Zambia durch das HI-Virus von 60 auf 38 Jahre gefallen, fast jedes fünfte Kind im Land hat durch Aids beide Elternteile verloren.

Hier klären wir auf: Wie kann ich mich schützen? Was kann ich tun, wenn ich HIV positiv bin? Und wie kümmere ich mich um Angehörige, die bereits erkrankt sind? In diesem Zusammenhang engagiert sich auch ein eigenes Gremium aus Lehrern und Eltern. Sie hatten den Wunsch, den Unterricht noch lebensnaher und praxisorientierter zu gestalten, um der HIV-Verbreitung, der schwierigen Ernährungssituation und der extremen Armut

besser begegnen zu können.

Wie kann das Radio die Ernährungssituation verbessern?

Zwei Mal wöchentlich findet Landwirtschaftsunterricht via Radio statt – dazu gibt es in jedem Dorf einen Schulgarten. Die Schüler lernen, wie

sie die traditionellen Anbaumethoden verbessern und ihre Ernährung durch Selbstgepflanztes erweitern können, welche Heilpflanzen in der Umgebung gedeihen. Wie sie Gemüse sonnetrocknen und so haltbar machen können. Und wie sie abgeholzte Flächen mit Setzlingen wieder aufforsten können. Dieses Wissen geben die Kinder auch an die Dorfgemeinschaft weiter – sie werden zu Botschaftern für einen fürsorglicheren Umgang mit den knappen Umweltressourcen und einer nachhaltigen Landwirtschaft. Die Familien profitieren von den neuen Erkenntnissen ihrer Kinder über effektiven landwirtschaftlichen Anbau und nachhaltige Waldnutzung. Die im Schulgarten erwirtschafteten Produkte können verkauft werden, kleine Familiengärten werden angelegt, in denen die Kinder zu Hause ihr Wissen anwenden. Und so zu einer verbesserten Ernährungssituation beitragen können.

Was sind nun die nächsten Schritte?

Wir haben gerade in einem der Dörfer eine richtige Grundschule eröffnet, die derzeit 133 Schulkindern und drei Lehrkräften Platz bietet. Wo die Kinder nun geschützt vor Regen und Kälte lernen können. Der Bau weiterer solcher Zentren ist in Planung. Zambia ist ein hoffnungsvolles Land – rund 80 Prozent der Bevölkerung sind sehr jung. Die Kinder hier haben Träume, wollen ein besseres Leben führen. Aber damit sie auch hoffnungsvoll sein können, müssen sie in die Schule gehen können.

Julia Drazdil-Eder kümmert sich bei der Kindernothilfe Österreich um den Bereich Printproduktionen und Kommunikation. Das Radioschulprojekt in Zambia wird von der Kindernothilfe unterstützt.

Jahr des Panafrikanismus



Von Adalbert Krims

Vor 50 Jahren, am 25. Mai 1963, wurde in Addis Abeba die *Organisation für Afrikanische Einheit (OAU)* gegründet, die im Jahr 2002 in die *Afrikanische Union (AU)* umgewandelt wurde. Der jährliche Gipfel der afrikanischen Staatschefs wurde aus diesem Anlaß in der äthiopischen Hauptstadt abgehalten und verabschiedete eine „*Feierliche Erklärung*“ zum „*Goldenen Jubiläum*“. Zugleich wurde der Zeitraum vom 25. Mai 2013 bis 25. Mai 2014 zum „*Jahr des Panafrikanismus und der afrikanischen Wiedergeburt*“ erklärt.

Damit soll das ursprüngliche Ziel der Organisation, den Kontinent nach dem Ende des Kolonialismus politisch und wirtschaftlich zu vereinen, in Erinnerung gerufen und neu bekräftigt werden. „*Wir müssen uns jetzt vereinigen – oder wir gehen zugrunde*“, formulierte der damalige Präsident Ghanas, Kwame Nkrumah, beim Gründungsgipfel der OAU. 50 Jahre danach ist Afrika weder vereint, noch zugrunde gegangen. Es hat sicher Fortschritte auf verschiedenen Gebieten gegeben, aber vom Ziel der panafrikanischen Einheit ist der Kontinent weiterhin meilenweit entfernt.

Ohne die „*hausgemachten*“ Probleme (Korruption, schlechte Regierungsführung etc.) zu leugnen, besteht das Grundproblem Afrikas darin, daß die ökonomische Grundstruktur nach dem Ende des Kolonialismus gleich geblieben ist: völlige Abhängigkeit von Rohstoffexporten und einseitige Ausrichtung der Wirtschaft auf die „Zentren“. Daran konnten auch regionale Integrations- und Kooperationsprojekte kaum etwas ändern. Die wesentlichste Diversifizierung in den letzten Jahren bestand darin, daß China als zusätzliches Exportziel und neuer Investor hinzukam, was zwar den Handlungsspielraum der Staaten vergrößerte, aber an der grundsätzlichen Ausrichtung der afrikanischen Wirtschaft nichts änderte.

Auch wenn Beschlüsse internationaler Konferenzen noch keine neue Realität schaffen, ist es dennoch bemerkenswert, dass die afrikanischen Staatschefs bei ihrem „Jubiläumsgipfel“ eine „*Feierliche Erklärung*“ beschlossen haben, in der nicht nur der Kampf gegen Unterdrückung,

Kolonialismus und Apartheid in der Vergangenheit gewürdigt, sondern auch die Zielsetzung eines „*vereinten und integrierten Afrika*“ bekräftigt wird. Obwohl der Text der Erklärung – wie bei solchen Dokumenten üblich – eher allgemein gehalten ist, enthält er auch einige ganz konkrete Ziele: so z. B. eine gemeinsame afrikanische Staatsbürgerschaft, die den freien Personenverkehr auf dem gesamten Kontinent mit sich bringen würde; die kontinentale Freihandelszone mit Schwerpunkt auf integrierten lokalen und regionalen Märkten; Durchsetzung des Landminen-Verbots und die Beibehaltung eines atomwaffenfreien Afrika oder die Beendigung aller Kriege in Afrika bis zum Jahr 2020.

In der Gipfel-Erklärung werden auch ausdrücklich Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte und Menschenwürde als integraler Bestandteil der panafrikanischen Vision hervorgehoben und z. B. der Wechsel von Regierungen ohne verfassungsmäßige Grundlage sowie die Machtergreifung durch Gewalt verurteilt. Aus diesem Grunde hat die AU auch sofort nach dem Militärputsch in Ägypten die Mitgliedschaft des Landes ruhend gestellt.

Das Bild Afrikas in Europa wird durch Hunger, Katastrophen, Gewalt und Kriege geprägt. Das ist aber nur ein Teil der Realität. Solomon Ayele Derso vom *Institute for Security Studies*, einer führenden panafrikanischen Denkfabrik, hat eine andere Perspektive: „*Die Zahl der Konflikte auf dem Kontinent geht zurück, bei der Bekämpfung der Armut werden große Erfolge erzielt, viele Länder legen wirtschaftlich stark zu, die afrikanische Integration schreitet schneller voran als in der Vergangenheit. Afrika kann hoffnungsvoll in die Zukunft schauen.*“ Allerdings wird diese Zukunft nicht nur von Afrika abhängen, sondern auch vom „*Rest der Welt*“ – nicht zuletzt von Europa, das ja die Vergangenheit dieses Kontinents so entscheidend geprägt hat.

Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für INDABA aktuelle entwicklungspolitische Trends.

Ralinaleli – Vater der Sterne

Erinnerungen an Rudolf Bacher

Ein Vorarlberger Priester als Physiker und Astronom in Lesotho – Stefan Fischer und Walter Sauer gingen dieser merkwürdigen Geschichte nach und präsentieren ihre bisherigen Ergebnisse. Weitere könnten folgen.

Ein Zufallsfund, wie es beim Recherchieren im Internet halt so passiert. Das Shopping Centre in Roma, das der österreichische Geschäftsmann Sappl eingerichtet habe, sei durch einen Brand vernichtet, lasen wir auf einer heimatgeschichtlichen Website; Sappl habe das Grundstück seinerzeit von einem Missionar namens Bacher übernommen.

Nie zuvor hatten wir von diesen Leuten gehört – aber unsere Neugier war rasch geweckt.

Wir begaben uns auf eine Spurensuche, die uns (teils real, teils virtuell) nach Feldkirch, Ulm und Kufstein führte, nach Bloemfontein in Südafrika und Roma in Lesotho. Wir erhielten Zugang zu Archiven und privaten Sammlungen, trafen einige noch lebende Verwandte. Aus einem zunächst nebelhaften Hintergrund, in dem Personen wie König Moshoeshoe II., Kardinal König oder Galileo Galilei erahnbar waren, kristallisierte sich schließlich eine exzentrische Persönlichkeit heraus, derer man sich in Lesotho bis heute erinnert: der Vorarlberger Priester, Universitätsprofessor und Sternwartegründer Rudolf Bacher.

Bacher wurde am 10. September 1909 in Götzis (Vorarlberg) geboren, als ältestes von zehn Kindern. Der Vater führte einen Tischlereibetrieb. Besonders wohlhabend war die Familie nicht, nach der Volksschule mußte Rudi drei Jahre lang in der Stickerei arbeiten, bevor der Besuch

des Gymnasiums in Bregenz möglich war. Die Familie war stark religiös – seine Schwestern gingen alle vier ins Kloster, ein Bruder wurde ebenfalls Priester. 1934 legte Rudolf die Matura ab. Anschließend durchlief er den Weg zum katholischen Priester: das zweijährige Philosophicum in Brixen, dann drei Jahre Theologiestudium in Innsbruck.

1938 wurde er zum Priester geweiht und zunächst zum Kooperator in Innsbruck-Hötting, dann in Jenbach bestellt. Bei Jugendlichen scheint er sehr beliebt gewesen zu sein. Verbale Zurückhaltung war schon damals seine Sache nicht. Zwei Mal wurde er von Gestapo verhaftet und jeweils für einige Tage eingesperrt. Paulus Rusch, der von den Nationalsozialisten nicht anerkannte Bischof der Diözese Innsbruck-Feldkirch, versetzte ihn danach ins hintere Ötztal, nach Längenfeld, ein Schritt wohl zu beidseitiger Sicherheit.

Seine Tätigkeit als Bauernkaplan fand Bacher nicht sehr erfüllend. Kaum war das „Tausendjährige Reich“ vorüber, begann er 1946 mit bischöflicher Erlaubnis ein Studium der Mathematik und Naturwissenschaften an der katholischen Universität in Fribourg, das er 1951 mit einer experimentell ausgerichteten Dissertation im Bereich der Viskososeforschung abschloß. 1952 veröffentlichte er sein schriftstellerisches Hauptwerk, „Das astronomische Dreigestirn der Renaissance: Kopernikus, Galilei, Kepler“, in dem er – trotz der Verurteilung Galileis durch die Inquisition – die Vereinbarkeit des heliozentrischen Weltbilds mit der katholischen Doktrin nachzuweisen versuchte.

Es folgte ein weiteres Doktoratsstudium in Philosophie und Naturphilosophie in Innsbruck. Seine dortige Dissertation über „Das physikalische Weltbild von heute und seine philosophischen Aspekte“ brachte ihm 1954 das zweite Doktorat ein und formulierte erneut jenes Thema, das für sein weiteres Leben bestimmend sein sollte.

Ob eine Rückkehr in die Pfarrseelsorge für den zweifach promovierten Physiker und Astronomen (und für seinen



Als Primiziant in Götzis

Bischof) überhaupt in Frage gekommen wäre, wissen wir nicht. Näher lag ihm wohl der Unterricht, und da bot sich ein katholisches Gymnasium an. Bacher (Ordensname Josef) trat also in Bregenz ins Zisterzienserstift Mehrerau ein und legte die zeitlichen Gelübde ab. Glücklich über die Situation waren weder er selbst noch seine Oberen. Zunehmend kam es zu Auseinandersetzungen, man warf ihm Eigenmächtigkeiten vor, unerlaubtes Verlassen des Klosters zum Beispiel und gar die Suche nach einer neuen beruflichen Stellung, die seiner wissenschaftlichen Spezialisierung mehr Rechnung tragen würde. Am 22. März 1956 wurde er mit Berufung auf den *Codex Iuris Canonici* aus dem Kloster entlassen.

Im Rekurs gegen diese Entscheidung, den er an die Religiosenkongregation des Heiligen Stuhls richtete, gab Bacher zwar zu, „*dass ich mich nach sehr freien Seelsorge- und Studiumjahren, dazu fortgeschrittenen Alters, trotz besten Willens nicht leicht tat, in die Klosterordnung hineinzufinden...*“, protestierte aber gegen die seiner Meinung nach intransparente Vorgangsweise des Abtes. Gleichzeitig forderte er vom Kloster die Herausgabe seiner physikalischen und astronomischen Bücher. Angeblich versuchte auch ein Jugend- und Studienfreund, der kurz zuvor zum Weihbischof von Feldkirch ernannte Bruno Wechner, in dem Konflikt zu vermitteln. Weitgehend mittellos, hielt sich Bacher einige Zeit in Fribourg und München auf, bis er schließlich an der Sternwarte in Hamburg Fuß fassen konnte; er soll Mitarbeiter von Otto Heckmann und Carl Friedrich von Weizsäcker gewesen sein. 1959 wurde er als Professor für Physik an das College „*Pius XII.*“, die katholische Universität, in Roma (Lesotho) berufen.

In Roma baute Rudolf Bacher die physikalische Abteilung aus. Seine besondere Liebe galt der Astronomie. Auf seine Initiative hin wurden auf dem Gelände der Universität eine Sternwarte mit einem Teleskop, welches er von einem Astronomen aus dem bayrischen Wald erhalten hatte, sowie eine Kurzwellenstation gebaut. Beim Bau legte er selbst mit Hand an. Heute gehört die Einrichtung immer noch zum Physikdepartement, sie wird jedoch als Sendestation für ein von Studierenden betriebenes Lokalradio genutzt.

Voller Einsatz widmete sich Rudolf Bacher dem Unterricht und dem Ausbau der physikalischen Abteilung der Universität. „*Ihr werdet mich fragen nach Sinn und Zweck eines solch modernen Unternehmens*“, schrieb er im Oktober 1959 in seinem ersten Rundbrief an Freunde in der Heimat. „*Afrika ist erwacht und erlebt eine Wandlung größten Ausmaßes, die alle Lebensbereiche des Menschen ... miteinschließt.*

Afrika ist erwacht und eignet sich in wenigen Jahren eine Zivilisation an, für deren Entwicklung Europa Generationen gebraucht hat. Eine stattliche Reihe afrikanischer Staaten sind bereits selbstständig. Andere werden folgen. Europa wird nicht mehr gefragt. Das Zeitalter der Kolonien ist vorbei. Wer das nicht einsehen will, ist ausgesprochen dumm. Jetzt ist die Stunde, in der die neue Gestalt Afrikas bestimmt wird. Die ganze Problematik dieser über Afrika hereingebrochenen Sturm- und Drangzeit, dazu überschattet von einer auf die Spitze getriebenen Rassenwahnsinnspolitik einer blinden Regierung in der südafrikanischen Union, läßt sich kaum eindringlich genug in Worten wiedergeben. ... Unsere schwarzen Hörer und Hörerinnen kommen über Wege von zweieinhalbtausend Kilometer, von Kapstadt bis hinauf zum Äquator ... Es ist eine Freude vor diesen Leuten zu dozieren und diesen wissenshungrigen Kindern der afrikanischen Sonne mit den Schätzen der Wissenschaft auch das zu bringen, wonach sie am meisten lechzen: den geistigen Standort in einer sich wandelnden Welt. Schön und verantwortungsvoll zugleich ist es, zu wissen, dass sie, die Lernenden von heute, die Führenden von morgen sein werden in ihrem Lande.“

Einige Jahre ging es gut voran, doch dann traten Probleme auf. Es wird erzählt, die Ausgaben allein für physikalisches Inventar hätten die aller anderen Fakultäten überstiegen, sodaß Bacher sich dadurch mit dem Rektor überwarf. Der Konflikt hatte aber einen tieferen Hintergrund: Aus kirchlichen Geldern allein konnte die als „*katholisch*“ konzipierte Institution nämlich nicht aufrecht-



Die Sternwarte am Physics Department, heute Studentenradio



Bachers Teleskop

erhalten werden. So kam es als erstes zu Personalkürzungen in den Naturwissenschaften (neben Physik auch in Chemie und Zoologie), und perspektivisch verhandelte das Management, das von den *Oblaten der unbefleckten Jungfrau Maria (OMI)* getragen wurde, mit der Kolonialregierung sogar über einen Verkauf zwecks Gründung einer „weltlichen“ Universität; 1964 sollte daraus die *University of Botswana, Lesotho and Swaziland (UBLS)*, die heutige National University of Lesotho, entstehen.



Lesotho Observatory Foundation (LOF) in Bau

Die Universität trennte sich also per 31. Dezember 1962 von Rudolf Bacher. Dieser kehrte jedoch nicht nach Österreich zurück, sondern blieb in der Nähe von Roma, in St. Michaels, wohnen und gründete direkt gegenüber der Universität die *Lesotho Observatory Foundation (LOF)*, ein gewaltiges Projekt mit vielfältigen Gebäudekomplexen. Das Grundstück wurde ihm vom lokalen Chief, Alex M. Maama, überlassen, welcher auch den Vorsitz im Vorstand der neuen Einrichtung übernahm.

Über dem Eingangsportal ließ Bacher die Inschrift „Creatori“ anbringen. Dieses Motto drückte sein Anliegen aus, den Menschen Gott als Schöpfer nahezubringen, der in



„Creatori“ über dem Eingang

der Natur – insbesondere in den Sternen – erkannt werden kann. Jeden Morgen und am Sonntag hielt er eine Messe. Da er Sesotho nur begrenzt erlernt hatte, hielt er die Liturgie

auf Sesotho und predigte in Englisch; dabei wurde er von Studierenden übersetzt. Was seine Messen betrifft, so erinnert sich Frau B. P. Thipa, eine pensionierte Lehrerin: „Seine Predigten waren kurz. Deshalb mochten ihn die Leute.“ Sie und Frau ‘M’amajara Done, die einige Jahre bei ihm im Garten arbeitete, führen dann aber aus, daß er vor allem beliebt war, weil er die Basotho liebte und sich für sie einsetzte. Mit seinem kleinen Auto nahm er immer



‘M’amajara Done, Bachers ehemalige Gärtnerin

wieder Menschen mit. Er verteilte nicht nur Süßigkeiten an Kinder, sondern kümmerte sich auch darum, Menschen mit Nahrung zu versorgen. Vielfältig setzte sich für die Entwicklung des Tales, in dem Roma liegt, ein. Dazu sollte auch die LOF dienen.

Sein Anliegen, Glauben und Naturwissenschaften, insbesondere die Astronomie, zusammenzubringen, vertrat er auf vielen Ebenen. So arbeitete er von Roma aus an einer Schrift über das physikalische Weltbild von heute oder setzte sich in einem Schreiben an Papst Paul VI. für die Revidierung des Verdikts über die kopernikanische Lehre 1616 und des Urteils gegen Galilei 1633 ein; Kopien schickte er an Kardinal Franz König in Wien, der auch ein Empfehlungsschreiben für das LOF verfaßte. Bacher machte sich stark für die Gründung einer Gesellschaft für natürliche Gottesoffenbarung (*Societas Manifestationis Divinae Naturalis – SDMN*). Die LOF sollte darin eine wichtige Rolle spielen, denn sie hatte seiner Ansicht nach die Funktion, „als Lehrinstitut für christliche Weltanschauung, für ‚natürliche Gottesoffenbarung‘ unter den 2000 Schülern und Studenten des Roma Valley zu wirken, soweit das moderne Weltbild der Kosmologie und der Astronomie heute hierfür die Unterlagen liefern kann.“ So versuchte er, „die Säkularisation zu überwinden, um Geisteswis-

senschaften, Realwissenschaften, und Religion wieder zurückzuerobern.“ Der Gebäudekomplex des LOF mit Sternwarteturm, Vortragssaal und Nebengebäuden, der nie fertiggestellt wurde, sollte gleichsam als ein katholisches Bildungszentrum fungieren.



Bacher und König Moshoeshe II.

Bacher hatte ein besonderes Herz für Kinder, und so gründete er auch ein SOS Kinderdorf. Sein Freund Hugo Kleinbrod, der Leiter des Vorarlberger Kinderdorfs, half ihm dabei. König Moshoeshe II. unterstützte mit einem Empfehlungsschreiben dieses Anliegen, und der Chief von Roma teilte ihm eine Grundparzelle in unmittelbarer Nähe des LOF zu.

Bachers Projekte verschlangen naturgemäß viel Geld. So unternahm er immer wieder Reisen nach Europa, um Geld zu sammeln. Er war mit Zither und Trommel unterwegs, organisatorisch wurde er dabei von seinem Bruder Josef unterstützt. Dieser bürgte auch für ihn, als er 150.000 Schilling aufnahm. Diese Summe zahlte er zwar zurück, die finanzielle Lage der LOF wurde jedoch immer kritischer, seine eigene ebenso. Von der *Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz für Mission und Entwicklung* wurden Bachers Ansuchen um finanzielle Unterstützung abgelehnt, nicht zuletzt, weil die Diözese Feldkirch intern dagegen Stellung nahm. Wohl aus demselben Grund hielten sich die *Päpstlichen Missionswerke* und sonstige kirchliche Hilfswerke zurück. Bacher bemühte sich umso intensiver um Publizität, und

tatsächlich erschienen wohlwollende Artikel in diversen Zeitungen und Journalen. Diese wie auch ein ausführlicher Bildbericht in der katholischen Jungcharzeitschrift PFEIL erhöhten zwar seinen Bekanntheitsgrad, brachten aber wohl wenig an Spenden. Auch die teilweise sehr diplomatisch formulierten Empfehlungsschreiben, die auf Anregung des Sternwartegründers in Vorarlberg einlangten, zeigten kaum Wirkung. Generell zählte Mission nicht zu den Prioritäten der erst seit 1968 eigenständigen Diözese, und darüber hinaus galt Bacher – nicht zu Unrecht – als eigensinnig, seine theologischen und missionarischen Konzeptionen stießen auf wenig Verständnis.

Unter allen Umständen jedoch wollte Bacher die LOF fertigstellen. Um die Löhne der Bauarbeiter zahlen und Baumaterial kaufen zu können, nahm er mehrere Kredite auf.

Auf Dauer scheinen ihm die Bauprojekte jedoch finanziell über den Kopf gewachsen zu sein (möglicherweise stammt das nebenstehende Gedicht aus dieser schwierigen Zeit), Rechtsanwälte drohten mit Klagen und Pfändung. Aber es gab auch Freunde. Hermann Grabher, ein katholischer Schweizer Unternehmer, intervenierte nicht nur mehrfach bei der Diözese und Medien zu seinen Gunsten, sondern begann auch Spenden zu sammeln, ein Unterstützungsverein war im Entstehen. Und während Bachers direkter Oberer, Bischof Bruno Wechner, weitgehend unzugänglich blieb, ließ sich sein Innsbrucker Amtskollege Paulus Rusch erweichen und überwies 100.000 Schilling. Aber auch dadurch konnte nur ein Teil der Verbindlichkeiten abgedeckt werden. Ein ziemlich negativer Bericht des Direktors des *Österreichischen Bauordens*, Franz-Josef Federsel, führte schließlich am 7. Jänner 1971 in Feldkirch zu einer Besprechung mit Bischof Wechner, der Bacher

*Ich sitze zwischen zwei
Stühlen,
immer schon,
das weiss ich ...*

*Priester und Naturwissenschaftler
Ein Beruf
Ohne Sicherheit,
ohne Deckung,
man vegetiert ‚am Rande‘
ohne Basis für die Zukunft,
man lebt von
Hoffnungen...*

*Den kirchlichen Stellen
fehlt Einsicht und
Verständnis,
den andern ist man ein rotes Tuch.*

*... Ich sitze zwischen zwei Stühlen,
Wanderer zwischen zwei
Welten
und lebe von
Hoffnungen
Immer schon,
das weiss ich*

Rudolf Bacher (undatiert)

und seinen Projekten ohnehin – wie erwähnt – skeptisch gegenüberstand.

Bacher erklärt sich schließlich bereit, die finanzielle Gebarung an einen vom Erzbischof von Maseru benannten Geschäftsführer zu übergeben. Auch bereitete er sich darauf vor, in einer Kapstädter Fabrik (Brunschwiler/Hämmerle) zu arbeiten, um Geld für das LOF zu verdienen. Dazu kam es freilich nicht mehr. Nachdem sein Freund Hugo Kleinbrod bereits 1970 verschieden war, starb Bacher am 7. Juli 1971.

Kurz vorher war er mit einem Gallenleiden schwer krank ins Krankenhaus nach Bloemfontein, Südafrika, gebracht worden. Seine inzwischen verstorbene Haushälterin 'M'e Maretina Masasa und seine Gärtnerin Frau 'M'e 'M'amajara Done besuchten ihn dort. Letztere erinnert sich: „An der Tür

sagten wir: Pater Bacher! Aber als wir ihn sahen, sagten wir, das ist nicht Pater Bacher. Er war nicht mehr hell, sondern dunkel. Wir schüttelten uns die Hände. Er sah uns liebend und freundlich an. Dann weinten wir. Wir kamen spät in der Nacht wieder nach Hause. Am nächsten Morgen sagte

uns ein weißer Priester: Er ist gestorben.“ Unter großer Anteilnahme fand die Beerdigung in Roma statt. Sein Grab fand er nahe der Straße zwischen Universität und LOF.

Rudolf Bacher ist in Lesotho als ein Mensch in Erinnerung geblieben, der Musik und traditionelle Tänze mochte. Außerdem liebte er es, auf seiner Zither zu spielen. Man erinnert sich auch, daß er damals die einzige Privatperson war, die einen Generator hatte. Dieser lief stets bis zehn Uhr abends, sodaß viele gerne die Abende bei ihm verbrachten. Neben der Musik und den Festen, die zusammen gefeiert wurden, erklärte er den Menschen die Planeten und Sternbilder und lehrte sie die Uhr- und Jahreszeiten daran abzulesen. Die Einheimischen nannten ihn *Ralinaleli* – den Vater der Sterne.

Das Gelände des LOF wurde von Paul Sappl, einem österreichischen Geschäftsmann, der zeitweilig auch Honorarkonsul von Lesotho für Liechtenstein und Österreich war, erworben. Da er auf einem Teil der Liegenschaft ein Geschäftszentrum errichtete, ließ er das Grab verlegen, sodaß es heute direkt unterhalb des LOF zu finden ist. Da er den Sohn von Bachers Haushälterin, Tseliso Andreas

Masasa, der bis heute auf dem Gelände des LOF wohnt, als Nachwächter anstellte, kam er auch in den Besitz von vielen Unterlagen Bachers und des LOF, welche er später zurück nach Österreich nahm.

Die letzte Nachricht betreffend das Gelände liegt uns aus dem Jahr 1999 vor, als Chief Alexander Madefoane Mamma sich an Paul Sappl in Kufstein wendete, da das Gelände verwahrlost wäre und er es zum Wohl der Einwohner von Roma entwickeln wollte. Was daraus wurde, ist uns nicht bekannt.



Tseliso Andreas Masasa

mit Bachers Tod endete die Geschichte des LOF nicht. Es war organisatorisch und finanziell immerhin soweit aufgestellt, daß die vorhandenen Mittel verwaltet werden mußten. Pater E. F. Ruch übernahm den Vorsitz und administrierte die Konten des LOF, bis er sie 1984 in einen Treuhandfonds überführte, der heute vom Wissenschaftlichen Stipendienfonds-Komitee der National University von Roma verwaltet wird. Er trägt in Gedenken an Bacher den Namen *Rudolf Bacher Memorial Trust Fund*. Aus diesem werden Stipendien für Physikstudierende gezahlt und Anschaffungen getätigt, die in den Fachbereich der Physik gehören. Zuletzt wurden daraus im März 2011 Euro 1.269 entnommen, um für das Studentenradio DoPE FM eine neue Sendeanlage anzuschaffen, nachdem die alte durch Blitzeinschlag zerstört worden war.

Bachers Andenken bleibt auch im astronomischen Bereich gewahrt. Das *Boyden Observatorium* in Bloemfontein errichtet zur Zeit ein neues Museum und hat dabei auch einen Teil über Rudolf Bacher und das LOF vorgesehen.

Stefan Fischer ist Privatdozent an der Evangelisch-Theologischen Fakultät Wien und Research Associate der University of the Free State, Bloemfontein. Walter Sauer ist Professor am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien und Vorsitzender von SADOCC.

Für Mitwirkung an den Recherchen in Lesotho danken wir Desirée Bauerstatter (Evangelischer Arbeitskreis für Weltmission, Wien). Mit Fotos und Dokumenten haben uns Josef Bacher und Schwester Raphaela Bacher (Dietenheim b. Ulm), Archivar Michael Fliri (Feldkirch) sowie Präsident Dr. Siegfried Dillersberger (Paul Sappl-Privatstiftung, Kufstein) sehr geholfen, auch ihnen herzlichen Dank.



Bachers Grab in Lesotho

Auf der Suche nach den Balobedu

Eine SADOCC-Studienreise führte uns 1999 zur berühmten „Regenkönigin“ Südafrikas – dem traditionellen Oberhaupt der Volksgruppe der Lobedu. Elfriede Höckner überreichte ihr das Buch, das sie über den Anfang des Kolonialismus in ihrem Gebiet verfaßt hatte (INDABA 21/99). Auf der Suche nach der Geschichte seiner Vorfahren begab sich Jahre später ein junger südafrikanischer Photograph nach Berlin – ins Evangelische Landeskirchliche Archiv. George Mahashe beschreibt seine Reise vom Sommer 2013.

Im Jahr 1881 etablierte sich ein Missionar, Fritz Reuter, in Bolobedu, im Nordosten der Burenrepublik Transvaal, heute Nord-Ost-Limpopo in Südafrika. Reuter war von einem Berater Königin Modjadjis II. eingeladen worden, von Kgashane Mamatlepa (jr). Mamatlepa war zusammen mit anderen jungen Männern nach Port Elizabeth geschickt worden, um dort Waffen zu kaufen. Während dieser Reise freundete er sich mit einem Konvertiten an, der ihn mit dem Christentum vertraut machte, was letztlich zu seiner Taufe führte.

Fritz Reuter war zwar der erste Missionar, der eine Missionsstation in Bolobedu gründete, seine Missionsgesellschaft aber, die spätere Berliner Mission, war seit 1860 im nördlichen Transvaal tätig gewesen. Reuters Tätigkeit brachte ihn natürlich recht bald in Konflikt mit der traditionellen religiösen Ordnung. Mehrmals erregte er den Zorn der Königin, und schließlich mußte er auf die Station Alexander Merenskys, fliehen, nach Botshabelo, was übersetzt „Fluchort“ heißt.

Mit der Zeit erwies sich Reuter als nützlicher Mittelsmann zwischen der Burenrepublik und der Modjadji – um einen Krieg zu verhindern, aber auch um den Lobedu während der Dürre von 1894 zu helfen. Danach wurde er eingeladen, wieder zurück nach Bolobedu zu kommen. Man gab ihm ein Stück Land, das etwa 15 km von der Hauptstadt entfernt lag. Seine Gemeinde wuchs. 1897 arrangierte Reuter einen Besuch von etwa

60 Konvertiten und „Heiden“ in Berlin, wo eine „Transvaal-Ausstellung“ stattfand.

Seit einigen Jahren schon beschäftige ich mich geradezu obsessiv mit den deutschen Missionaren, ihren Taten und ihrem Einfluß auf die spätere Entwicklung im Südlichen Afrika. Ich muß mich fragen, wie die Dinge lagen, als sie

erstmals in das Gebiet kamen. Ich versuche mir vorzustellen, wie sie das Gebiet erlebten, bevor ihre romantischen Darstellungen wirksam wurden. Und ich frage mich, wie konnten sie zwischen den Buren und der einheimischen Bevölkerung neutral bleiben?

Durch meine Forschung hörte ich Geschichten und Gerüchte über die komplexe Beziehung zwischen den Balobedu und Reuter. Eines der Gerüchte, die mir am besten gefallen, waren Erzählungen einer Gruppe von Menschen, die 1897 Reuters Delegation nach Deutschland angehört hatten. Diese Männer sagten, sie wären Spione gewesen, die Modjadji entsendet hätte, um die Welt Reuters kennenzulernen. Als Photograph

fragte ich mich unwillkürlich, ob es noch photographische Spuren dieser Exkursion gab, vielleicht in den Missionsarchiven. Vielleicht konnte ich die älteste – oder zumindest eine der ältesten – Photographien finden, die in Bolobedu aufgenommen worden waren.

Anläßlich wissenschaftlich-künstlerischer Veranstal-



Missionar Reuter auf seiner Missionsstation

tungen im Rahmen des Deutsch-Südafrikanischen Wissenschaftsjahres 2012/13 hatte ich die Möglichkeit, nach Deutschland zu reisen. An einem kalten Donnerstagmorgen landete ich in Berlin.

als ich mich dem Direktor vorgestellt hatte, organisierte er mir eine Führung durch das Missionsarchiv, die verschiedenen Räumlichkeiten und Einrichtungen, auch eine Demonstration des Digitalisierungsprozesses war dabei und wie man die digitalisierte Sammlung im Internet aufrufen kann.



Das archivalische System ist wirklich eindrucksvoll, etwa die Organisation, die Konservierungsmaßnahmen usw. Ich wünschte, wir in Südafrika hätten solche Archive.

Aber: Obwohl ich so viel Sorgfalt angewendet hatte, um mit dem Archiv in Kontakt zu kommen, war ich noch weit davon entfernt, es auch benutzen zu dürfen. Ich wurde abgelehnt, weil ich nicht rechtzeitig um Genehmigung angesucht hatte, die Photos einzusehen. Immerhin bekam ich eine E-Mail-Adresse, an die ich mich wenden konnte.

Sofort schrieb ich vom Hotel aus dieses E-Mail. Ich hatte nur mehr zwei Werkzeuge zur Verfügung. Am Freitag Nachmittag rief ich an und erhielt einen

Termin mit dem Direktor für Montag in der Früh. Ich hoffte, ich würde dann die Gelegenheit haben, Einsicht in die Photographien von Reuters Missionsstation zu nehmen. Und tatsächlich. Während wir Tee tranken und uns über Missionare und Forschungsfragen unterhielten, warteten wir, bis die Photos gebracht wurden und sich an die Raumtemperatur angepaßt hatten.

das visuelle Material übertraf meine kühnsten Erwartungen. Ich schälte die Taten eines Missionars in Bolobedu an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert heraus. Von Modjadjis Spionen sah ich nichts, zumindest noch nichts, aber ich hatte einen ersten Kontakt. Wenn ich heute auf die Photokopien schaue, die ich machen durfte, und die wissenschaftliche Literatur dazu vergleiche, beginnt eine faszinierende Welt zu erscheinen, mein Verständnis der kolonialen Begegnung wird schärfer, das Inkonsistente tritt klarer hervor. Und:

Archive besitzen viele Schätze, aber der wirkliche Schatz ist das Netzwerk der Forscher, die sie benützen. Mit einigen von ihnen in Kontakt zu kommen, war der aufregendste Aspekt meiner Reise.

George Mahashe wurde 1982 in Gakgapane in Bolobedu geboren. Er lernte als Assistent eines lokalen Photographen und begann dann zu studieren. 2004 graduierte er in Photographie. Er arbeitet als Künstler, Vortragender und Photograph in Kapstadt. Seine Bilder konnte er bisher auf mehreren Ausstellungen zeigen, darunter 2010 in Wien (INDABA 66/10). Mahashes Text fanden wir auf <http://www.apc.uct.ac.za/gazette/archive/?id=130&t=int>. Für fachliche Beratung danken wir Elfriede Höckner.

=> Fortsetzung von Seite 13

für Mugabe und seine ZANU PF wie für Zimbabwe insgesamt steht jetzt viel auf dem Spiel: Setzen sich die Hardliner durch und gefährden die Ansätze von Stabilisierung und Versöhnung der politischen Gegensätze durch neuerliche Repression und Vergeltung? Oder fördert die komfortable Mehrheit eine inklusive Lösung, die auf die gemeinsam erzielten Fortschritte etwa in der Verfassungsdiskussion Bedacht nimmt? In beiden Lagern haben sich jedenfalls die Fraktionskämpfe um den weiteren Kurs und um die „Thronfolge“ intensiviert. Für die Opposition wie für die gesamte Zivilgesellschaft geht es hingegen um eine Neuaufstellung der Kräfte, um ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Oder wie es der MDC-Dissident Munyaradzi Gwisai ausdrückt: „So eine Bewegung muß langsam und organisch aus den Kämpfen der Arbeiter und der Armen aufgebaut werden, von unten nach oben und eingebunden in die sich radikalierenden Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.“

„A luta continua!“, meint meine Gesprächspartnerin kämpferisch. Und das ist keineswegs zynisch gemeint, weil auch „the looting continues“, also die Plünderung weitergeht, wie man allenthalben hören kann, sondern als „Zimbabwe verdient Besseres“. Das an arbeitsamen Menschen, Bodenschätzen und Naturschönheiten reiche Land hätte tatsächlich einen zweiten Frühling verdient.

Peter Kuthan kennt Zimbabwe von einem mehrjährigen Einsatz und zahlreichen Projektaktivitäten, insbesondere im Kulturaustausch. Zuletzt hat er das Land im vergangenen Juli/August, also zur Zeit des Wahlgangs, bereist.

Emanzipatorische Projekte in Namibia

Der Spendenapell der Österreichischen Namibia-Gesellschaft für Dürreopfer in Namibia ist auf großes Echo gestoßen! Binnen weniger Wochen langten auf dem ÖNG-Konto fast 2.000 Euro ein, die umgehend nach Namibia überwiesen wurden. Die ÖNG bedankt sich im Namen der Oerwoud-Community sehr herzlich!

Die Aktion ging auf einen Besuch vor Ort der von der ÖNG organisierten Studienreise nach Namibia im März d. J. zurück. Die Teilnehmer/innen waren schockiert über die Lebensbedingungen der Menschen dieser kleinen Siedlung südlich von Tsintsabis unter den Bedingungen der herrschenden Dürre. Hilfe war deshalb so dringend, weil es seit Monaten keinen ausgiebigen Regen gegeben hatte, die lokale vorhandene Pumpe defekt war und somit kein Wasser aus dem Boden gefördert werden konnte. Mit dem Beitrag aus Österreich wurde nun eine neue Pumpe sowie ein zweiter Wassertank angeschafft.

Um Geldfluß und Entscheidungen über die Verwendung möglichst transparent zu halten, wird von der Oerwoud-Community jetzt ein Verein gegründet, der als Projektpartner fungieren kann. Die ÖNG hat diesbezüglich Rechtsberatung in Namibia organisiert.

Auch die zweite im Gefolge der Studienreise gestartete Aktion zeitigte einen ersten Erfolg: die Sammlung von Musikinstrumenten für das *Arts Performance Centre*, eine Musikschule für Straßenkinder und Aids-Waisen in Tsumeb (und mittlerweile an zwei anderen Standorten). Zusätzlich zur schulischen Ausbildung haben Kinder und Jugendliche hier die Möglichkeit, an den Nachmittagen ein Musikinstrument

zu erlernen bzw. gemeinsam mit anderen zu musizieren und zu tanzen. Über den Unterricht hinaus bietet APC für die aus schwierigen sozialen Verhältnissen kommenden Kinder eine Möglichkeit zur sozialen Integration in einer Gemeinschaft von Gleichaltrigen.



Übergabe der Instrumente durch Walter Sauer (ÖNG) in Frastanz

Aufgrund des Appells der ÖNG (INDABA 78/13) kamen bei der zuständigen Koordinatorin (elisabeth.beer@aon.at) einige Gitarren, Klarinetten, eine Trommel etc. zusammen, die derzeit in Zusammenarbeit mit der Vorarlberger Firma OMICRON (<http://www.omicron.at/de>), die APC seit mehreren Jahren unterstützt, nach Tsumeb transportiert werden. Die Instrumente wurden Anfang August in Frastanz an Wilfried Bertsch, einen pensionierten Musiklehrer, der für OMICRON die Aktivitäten mit dem Arts Performance Centre koordiniert, übergeben und befinden sich bereits vor Ort.

Die Österreichische Namibia-Gesellschaft möchte das APC weiterhin unterstützen und ersucht, Instrumente und Notenmaterial möglichst in verpacktem, transportfähigem Zustand zur Verfügung zu stellen. Zeitpunkt und Ort der Lieferung werden vereinbart.

Ein herzliches Dankeschön für Ihre Spenden!

... personalia ...

Als neue Botschafterin Österreichs im Südlichen Afrika hat die Geschäftsführerin der *Austrian Development Agency*, Brigitte Öppinger-Walchshofer, ihr Amt angetreten. Bereits am 31. Juli 2013 konnte sie ihr Beglaubigungsschreiben an den namibischen Präsidenten Hifikepunye Pohamba überreichen, in den übrigen Staaten steht dieser formelle Akt noch bevor. Öppinger-Walchshofer war bereits bis 1992 als Zuteilte an der Botschaft in Pretoria tätig gewesen und war danach im Außenministerium federführend für das (heute leider weitgehend in Vergessenheit geratene) Konzept „Afrika 2000“, das eine Verstärkung der bilateralen Beziehungen Österreichs zu siebzehn afrikanischen Ländern vorsah. 2001-06 war sie Botschafterin in Äthiopien und ab 2005 auch ständige Vertreterin Österreichs bei der Afrikanischen Union.

Österreichs Botschaft in Pretoria ist für zehn Länder im Südlichen Afrika zuständig (Angola, Botswana, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Moçambique, Namibia, Zimbabwe, Südafrika und Swaziland).

Wir wünschen Botschafterin Brigitte Öppinger-Walchshofer viel Erfolg für ihre Tätigkeit und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

Zu Besuch bei SADOCC: Wellington Chibebe, stv. Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Brüssel/Harare); Georges Mahashe (Kapstadt).



Botschafterin Öppinger-Walchshofer

Forum Südliches Afrika

Donnerstag, 17. Oktober 2013, 19.00 Uhr

Brigitte Reisenberger

Hunger auf dem Holzweg: Land grabbing in Moçambique

Ort: SADOCC-Bibliothek, 1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Laut Weltbank wurden in Moçambique zwischen 2004 und 2007 2,7 Millionen Hektar Land übertragen. Die Agroforstwirtschaft war eine treibende Kraft hinter diesem Boom. Großflächige und von europäischen Trägern finanzierte Baumplantagen zerstören in Moçambique die Lebensgrundlage von kleinbäuerlichen Gemeinschaften. Die Nachfrage nach Holz steigt – für Papier- und Zellulose-Produkte, Bauholz, als Energielieferant oder als Ausgangsstoff für holzbasierten Treibstoff. Nationale und transnationale Unternehmen sind zunehmend auch daran interessiert, ihre Agroforstprojekte als CO₂-Senken zertifizieren zu lassen.

Brigitte Reisenberger, Studium der Kultur- und Sozialanthropologie in Wien, ist zusammen mit Thomas Seifert bei FIAN Österreich für das Programm „Zugang zu natürlichen Ressourcen“ sowie Medienkommunikation und die Filmtage Hunger.Macht.Profite zuständig.

Dienstag, 8. Oktober 2013, 19.00 Uhr

Walter Sauer

Afrika in Wien: Auf den schwarzen Spuren bis heute

**Ort: Donaucitykirche, 1220 Wien, Donaucitystraße 2
(U1 Kaisermühlen - VIC)**

Im Rahmen der Vorbereitungen für das im kommenden Jahr erscheinende Standardwerk „Afrikanisches Österreich: Eine Expedition“ wurde auch das „Afrikanische Wien“ aktualisiert. Der Autor gibt einen Überblick – mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Gemeindebaukunst. Eine Veranstaltung von Friedensinitiative Donaustadt und SADOCC.

**Veranstaltungen im
Rahmen des Forums Südliches Afrika erhalten
SADOCC-Mitglieder laufend zugesendet.**



Mail&Guardian, 30. August 2013 (www)



Mail&Guardian, 13. September 2013 (www)

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Viermal jährlich informiert unsere Zeitschrift INDABA über das aktuelle Geschehen im Südlichen Afrika: Politik – Wirtschaft – Umwelt – Gesellschaft – Kultur. Seit 1994.

Wir bringen Interviews mit Politikern. Erfahrungsberichte aus der entwicklungspolitischen Praxis. Thematische Reiseberichte. Einblicke in die Geschichte und Szenarien für die Zukunft.

Die Unterstützung unserer Leserinnen und Leser wird dieses spannende Projekt weiterhin ermöglichen.

Wir appellieren an Sie: Abonnieren Sie INDABA. Werben Sie neue Abonnent/innen für INDABA. Treten Sie SADOCC als unterstützende Mitglieder bei. Wir brauchen Ihre Solidarität – jetzt!

Wir ersuchen Sie um Einzahlung von Euro 13.- (Abo) bzw. Euro 22.- (Mitgliedsbeitrag inkl. Abo) auf unser Konto Bank Austria, BLZ 12000, Kto-Nr. 610 512 006. IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

Vielen Dank – im Namen der Menschen im Südlichen Afrika!

